

Dr. Alfred Nossig

Polen und Juden

Die polnisch-jüdische Verständigung
Zur Regelung der Judenfrage in Polen

Mit einem Vorwort von
Davis Erdtracht

Interterritorialer Verlag „Renaissance“ (Wiedergeburt)
Wien — Berlin — Warschau — London — New York

Alle Rechte vorbehalten.

Copyright by
Interterritorial Publishing Concern „Renaissance“.



Vorwort

Polen steht gegenwärtig im Mittelpunkte des Weltinteresses. Für die bürgerlich Denkenden als Schutzwall der westlichen Kultur und Ordnung, für die sozialistische Welt als Stütze der Reaktion; wird es von den Ersteren moralisch und materiell unterstützt, von der anderen Richtung mit allen Mitteln bekämpft. Polen selbst betrachtet seinen Kampf als Verteidigungskampf gegen die Expansion des Bolschewismus, als seinen Freiheitskampf.

Das polnische Judentum ist der Mittelpunkt des Interesses der jüdischen Welt. Es leben ja in Polen Millionen von Juden, deren Angehörige in allen Weltteilen zerstreut sind. Es ruht im polnischen Judentum die urwüchsige jüdische Kraft, der unverwüßliche jüdische Geist, die ehrwürdige jüdische Tradition, es ist der gesunde Aft, die Seele des Judentums. Und so erklärt sich das laute Echo, das die Verfolgungen der Juden in der jüdischen Welt finden, der gewaltige Protest gegen die Pogrome, der sämtliche jüdische Richtungen in organisierter, gemeinsamer Hilfe vereinigt.

Die Verfolgungen der Juden können gar nicht im Interesse Polens liegen. Millionen lassen sich nicht ausrotten, auch nicht assimilierten; Pogrome wecken nur das Solidaritätsgefühl der Verfolgten, verletzen die menschliche Würde, rufen sogar in den Kreisen der nicht-verfolgten, assimilierten, aber menschlich empfindenden Juden Empörung hervor, verursachen Enttäuschung in den Kreisen der gänzlich Assimilierten, und begründen die Abkehr vom Glauben an die polnische Kultur und Gerechtigkeit. Die Folge der Pogrome ist die Organisation der Wehr der gesamten polnischen Judenheit; denn der Antisemitismus des Pöbels kennt keinen Halt, sogar vor den Toren der treuesten jüdischen Polen, die trotz der oberflächlichen Assimilation doch ihres jüdischen Gehabens nicht los werden können. Die Verfolgungen der Juden sind von ungeheurem Schaden für Polen, denn Millionen können nicht zur Massenemigration gezwungen werden und wenn schon Tausende auswandern, sind es nicht die Ärmsten, die höchstens von Stadt zu Stadt wandern und dadurch das wirtschaftliche Elend vergrößern, sondern die Bemittelten, die ihr Kapital nicht nur zur eigenen Existenz, sondern auch zur Bereicherung des polnischen Staates verwenden. Polen ist auch nicht im Stande, den jüdischen, seit Jahrhunderten entwickelten Kaufmann-

stand durch seinen eigenen, unerfahrenen, aus der Erde gestampften zu ersetzen. Das neu erwachende Polen braucht eine gesunde Städtewirtschaft, die auf einem erfahrenen Wirtschaftsstand ruht. Die Pogrome drohen geradezu eine Katastrophe für Polen zu werden. Polen ist in seinen alten Grenzen auferstanden, das Glück der Geschichte war ihm hold, aber der lange Krieg hat polnische Dörfer und Städte verwüstet, Tausende von gesunden Menschen getötet, Tausende verkrüppelt, Hunderttausende verarmt. Jahrzehnte friedlicher Arbeit von Millionen werden nicht die Verwüstungen des Krieges wiedergutmachen. Polen benötigt zur Sicherung seiner Freiheit nicht Millionen von Soldaten, sondern einer gesunden Wirtschaft, großer Kapitale, ruhiger friedlicher Arbeit und Zusammenarbeit aller Bürger. Unter der Pogrompsychose ist eine friedliche, segensreiche Zusammenarbeit aller Staatsbürger undenkbar. Pogrome bewirken den Protest des Auslandes, ja den wirtschaftlichen und moralischen Boykott. Was das jahrelang verfolgte und verklauerte, um Freiheit ringende und Freiheit erobernde Polen an Sympathien der Welt gewonnen, das hat das verfolgende, verklauende und kriegssehende Pogrom-Polen verloren.

Polen ist in die Reihe der Pogromländer getreten. Die alte Tradition der polnischen Gastfreundschaft, die historische Toleranz des einst unabhängigen Polens sind im Kriege verloren gegangen. Daß erst im Kriege die Roheit zu Tage getreten ist, beweist, daß Pogrome nicht dem Wesen des polnischen Volkes entsprechen. Sie sind eine Ausgeburt der völkermörderischen Zeit, ein Werk wilder Instinkte organisierter Verbrecher, die unter der Maske der Vaterlandsliebe im Trüben fischen wollen. Ich bin der festen Überzeugung, daß kein polnischer Antisemit, der den Kultur- und Wirtschaftskampf gegen die Juden predigt und dadurch wahrhaft im Dienste der polnischen heiligen Sache zu stehen glaubt, nach diesen niedrigsten, rohesten Mitteln greifen wird. Ihm stehen andere Mittel zur Verfügung, als das Blutvergießen. Nur jene Führer, die dem Pöbel huldigen, auf seinen Schultern groß und reich werden wollen, die falschen Priester des völkischen Dienstes, stacheln die wildsten Instinkte der Massen auf und glauben im Meere von Blut und Tränen die Labyrinth ihrer verworrenen, dunklen Ziele aufbauen zu können. Und wenn die Wogen der stürmenden Zeit stillgelegt sind, die Massen vom blutigen Traum erwachen und die Irreführung erkennen, dann flüchten die feigen Führer mit ihrer Beute. Nein, nicht das polnische Volk trägt die Schuld für die blutigen Ausschreitungen gegen die Juden, nicht die polnische Regierung, die das unglückliche Land der Ruhe und dem Frieden zuführen möchte. Verantwortlich sind einzelne führende Männer, die die Massen zum Haß und Morden erziehen, verantwortlich jene dunklen Elemente in der Armee- und im Volke, auf dem Lande und in den Städten, die leider in Tausenden Exemplaren in allen Schichten des polnischen Volkes zu finden sind, die im Kriege verroht, im Innern korumpiert, von den blutrünstigen Derwischen verführt, den Freiheitschild Polens schänden, den weißen Adler, der den polnischen tapferen Legionär über weite Schlachtfelder und Länder zu Triumph und Sieg geführt hat, beschmutzen.

Nein, es ist nicht möglich, daß zur Zeit des heldenhafte Ringens um Freiheit, zur Zeit der wirtschaftlichen Not und Sehnsucht nach Ruhe und friedlichem Aufbau, zur Zeit, als der Staat auf auswärtigen Kredit und innere Hilfe sämtlicher Staatsbürger und insbesondere des Kaufmannstandes angewiesen ist, das polnische Volk und die polnische Regierung länger diese Schandtaten, die nach Rache rufen, des Mobs und der Soldateska dulden werden, wenn sie nicht den Fluch der Kulturwelt und der Geschichte auf sich laden wollen, wenn Polen in den Augen der Welt nicht moralisch diskreditiert und wirtschaftlich ruiniert werden will.

Keine Intervention von Außen, nur eine Aussprache von Volk zu Volk, kann die Lage Polens und die Lage der Juden in Polen klären und sanieren. Bloß ein Versuch, Verhandlungen zu führen schafft eine friedlichere Stimmung, glättet die Wogen. Und je eher die Ausgleichsverhandlungen einsetzten, je rascher sie von Erfolgen begleitet sind, desto segensreicher wird sich die polnisch-jüdische Verständigung für die Zukunft Polens gestalten. Am Wiederaufbau Polens werden Juden und Polen vereint arbeiten. Die Juden werden das Verständnis für die Bestrebungen der Polen haben, auf eigenem Boden eigenes Dasein national und politisch frei gründen, entfalten und sich auf allen Gebieten behaupten zu können; dagegen werden die Polen nicht eine national-chauvinistische, sondern eine Staatspolitik führen, indem sie den Juden, wie allen anderen Völkern die freie Entwicklung auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiete gewähren werden. Die Juden aber, die sich stets bewußt sind, daß sie sich auf polnischem Boden befinden, werden für sich das unbedingte Recht in Anspruch nehmen dürfen, nicht nur die gleichen staatsbürgerlichen Pflichten zu erfüllen, sondern auch die gleichen staatsbürgerlichen Rechte für sich zu fordern. In einem solchen Polen werden die Juden nie eine eigene Politik, sondern eine Staatspolitik führen, werden auch nie zu Gunsten der anderen das Territorium bewohnenden Nationen gegen das polnische Volk votieren. Wir werden das traurige Schauspiel der polnisch-ukrainischen Gegensätze vor dem Kriege, wo beide Völker die Juden gegeneinander auspielten, nicht erleben.

In einem Pogromlande können die Juden nicht ein staatserhaltendes, sondern nur ein staatsfeindliches Element bilden und Bündnis mit jenen Völkern suchen, die gleich ihnen unterdrückt sind. Polen kann sich Litauen als Vorbild nehmen, welches als erster der neuerstandenen Staaten aufrichtigst den Juden volle politische Rechte gewährte, wo die jüdischen Politiker in der Stunde der Gefahr keine andere Politik führten, als nur litauische, sogar an der Spitze der litauischen Staatspolitik marschierten; im Auslande nicht Sympathie für eine spezifisch jüdische Sache, sondern für die Sache des litauischen Staates suchten und fanden.

Die Bedeutung einer polnisch-jüdischen Verständigung erkannten seit Jahren viele bedeutende polnische Politiker und Schriftsteller. Sie verurteilten vom menschlichen Standpunkte die Judenverfolgungen und raten gegen dieselben auch vom polnischen Standpunkt mutig auf; sie sahen nicht nur die Schmach, welche den Namen Polens infolge der Verfolgungen bedeckt, sondern auch den Ruin

V

und das Verderben, welche der innere Kampf verursacht. Mit Begeisterung zeichneten polnische Schriftsteller in Dichtungen und Erzählungen jüdische Typen, die in ihrer Liebe zur polnischen Erde rührend hervortreten. Ohne Zweifel die mutigste und aufrichtigste Vorkämpferin der polnisch-jüdischen Verständigung ist die bekannte polnische Schriftstellerin Marie Johanne Walewska (Gräfin Wielopolska), die schon vor dem Kriege in einer Reihe von Schriften und Aufsätzen auf die Notwendigkeit und ungeheure Bedeutung nicht nur einer Verständigung, sondern vielmehr eines polnisch-jüdischen Bündnisses hingewiesen hat. Die vor dem Kriege ironisch ihrem menschlichen Apell, der zu Herz und Vernunft sprach, hinnehmen, sind heute selbst von der Notwendigkeit einer polnisch-jüdischen Aussprache überzeugt und sind bereite Fürsprecher eines polnisch-jüdischen Ausgleiches. Stätte man sofort nach dem Zusammenbruch der Zentralmächte in den ersten Stunden des wiedererwachten Polens auf den Grundlagen, die Gräfin Wielopolska in ihrer Schrift „Porozumienie polsko-żydowskie“ (Polnisch-jüdische Verständigung) im Jahre 1914 vorgeschlagen hat, den polnisch-jüdischen Ausgleich aufgebaut, dann beläße heute Polen die Sympathien der ganzen Kulturwelt, des Weltjudentums und in erster Reihe die Begeisterung und Aufopferung der polnischen Juden für die polnische Sache. Das jüdische Kapital, welches heute seine Verwendung für den Wiederaufbau der Existenz der Tausenden Pogromopfer in Polen findet, wäre in den Dienst des polnischen Staates gestellt worden, in dessen Grenzen über drei Millionen Juden friedlich wohnen und alle Rechte genießen würden. Polen hätte den weitesten Kredit des Auslandes für seinen Wiederaufbau, weil es als Staat der Ordnung und der nationalen Gerechtigkeit gegolten hätte und all' diejenigen, die in den Juden Konkurrenten und die Ursache der allgemeinen Not erblicken, hätten ein blühendes, freies Land gesehen, in welchem nebst den vielen Millionen von Polen, auch Juden, Ukrainer und andere Völker, die heute das polnische Territorium bewohnen reichlich genug Platz finden, noch viele Tausende und Tausende von Existenzen gegründet werden können.

Dr. Alfred Nossig hat sich in den Dienst der polnisch-jüdischen Verständigung gestellt. Diese Schrift soll nur eine kurze Einführung in die polnisch-jüdischen Ausgleichsverhandlungen sein; sie beansprucht nicht für sich das Recht, eine erschöpfende Arbeit über diese wichtige Frage zu sein; sie will nur orientierend und überzeugend wirken, ein objektives Bild der Voraussetzungen eines polnisch-jüdischen Ausgleiches darstellen.

Der Verfasser dieser Schrift fragt sich, ob ihm gegönnt sein wird die Verhandlungen zu einem Enderfolg zu bringen; dies ist sein innigster Wunsch. Und in der Tat! Alfred Nossig ist ohne Zweifel berufen, die polnisch-jüdische Ausgleichsaktion zu führen. Er leitete sie weder als Mandatar der Juden noch der Polen ein und dennoch als Mandatar beider Völker. Denn die unfählichen Leiden der Juden in Polen sind seine Leiden; er ergraute ja in jahrzehntelanger Arbeit voll Aufopferung und Entbehrungen für seine Brüder in Polen. In Wort, Schrift und Tat widmete er seine reifsten Jahre der jüdischen Renaissance und den Problemen des polnischen Juden-

tums. Er ist auch einer der besten Kenner der polnischen Seele. Er kennt die polnische Erde, die ihm die Triebkräfte zu seiner geistigen Arbeit gab, das polnische Volk, für welches er in seinen Jugendjahren lebte und schuf. Als stolzer und bewußter Jude hat er das Polenland lieb gewonnen, wie kaum ein Pole. Er bereicherte die polnische Literatur mit den Werken seines nie rastenden, produktiven Geistes und Alexander Brückner, Professor für slawische Literatur an der Berliner Universität nennt ihn „Zierde und Leuchte der polnischen Literatur“. Es ist nun begreiflich, daß Nossig in dieser Schicksalsstunde seiner Brüder, als seine vornehmste Pflicht betrachtet, in das Land zu eilen, welches die Wiege seiner Taten war und heute seine Mitarbeit wünscht. Kaum ein anderer litt wie er ob der großen Leiden der Juden in Polen und ob des Schimpfes, der über das Polenland wegen der Judenheße kam. Welch' schwieriges Werk er begonnen hat, kann nur einer begreifen, der einerseits die verschiedenartigsten Strömungen im polnischen und jüdischen Lager kennt — denn noch nie waren Polen und Juden in so viele Parteien und Gruppen zerklüftet, als gerade in dieser geschichtlichen Stunde — andererseits von jenem wilden Haß weiß, der beiden Lagern eigen ist. Es sind Gegensätze, die unüberbrückbar zu sein scheinen und die nur eine veröhnende, zarte Hand glätten kann. Wer Nossig kennt, den rastlosen Kämpfer für menschliche Gerechtigkeit, soziale Gleichheit, Völkerfrieden und Völkerveröhnung, den selbstlosesten Arbeiter für das eigene Volk, den arbeitsamen und unermüdeten Seemann, der trotz der aufbrausenden Wogen und trotz der Stürme, die um ihn toben, dem leuchtenden Ziele hoffnungsvoll entgegensteuert, der weiß, daß er nicht rasten wird, bis es ihm gegönnt sein wird, wenn schon nicht das Werk zu vollenden, dann wenigstens die Wege zur Veröhnung zu ebnen. Das kommende Geschlecht wird dem Manne Dank zollen, der den richtigsten Weg des inneren Friedens erkannt hat und über Wogen des brausenden Meeres das Schiff der Veröhnung, dem Hafen der Völkerarbeit entgegenführt. Nossig ging ins Polenland, die polnisch-jüdische Verständigung herbeizuführen, nicht als Mandatar einer Partei oder eines Volkes, sondern als treuester Sohn des jüdischen Volkes, dessen Leiden seine Leiden sind und als Mensch, der die Veröhnung zweier Stämme wünscht, zum Wohle der gemeinsamen Erde. Sollte ihm das Verständigungswerk gelingen, dann haben Millionen von Juden eine sichere, friedliche Heimstätte im Osten gefunden, Polen eine hoffnungsvolle, blühende Zukunft und die Welt ein Bollwerk der Ordnung und Kultur.

Der Verständigungsgedanke muß in allen Schichten des polnischen und jüdischen Volkes lebendig werden, die ganze politische und soziale Entwicklung beider Völker beseelen. Und was die Älteren für den inneren Frieden anbahnen, muß die junge Generation fortführen, vollenden. Die Jugend, der gegönnt sein wird, in einem freien Polen zu leben, muß die Trägerin des Verständigungsgedankens für alle Zeiten werden und das polnisch-jüdische Bündnis in die Tat umsetzen. Die polnische Jugend sieht ja ihre Sehnsucht nach einem unabhängigen Polen erfüllt; die Tage ihrer

Träume sind vorbei; heute muß sie die Zukunft Polens schmieden; und das kann sie nur vereint mit der jüdischen Jugend. Die polnische Jugend war ja Zeuge der lodernden Begeisterung der jüdischen Jugend, als es hieß, unter gemeinsamer Fahne das Land zu verteidigen. Hunderte und Tausende jüdischer Freiwilligen zogen ins Feld, vergaßen den alten Haß und kämpften in ersten Reihen. Die jüdische Jugend blutete, obwohl sie hinter sich das Aufschreien von Tausenden unschuldig gemordeter und geplündeter Brüder und Schwestern hörte, sie kämpfte für die Freiheit eines Landes, welches nur für sie keine Freiheit hatte und zur Zeit als die Juden als Legionäre ihr Leben draußen opferten, wurden in der Heimat ihre Angehörigen hingeschlachtet und beraubt. Auch hier wiederholte sich die Tragik des heimatlosen Juden-Soldaten aus der Zeit des Weltkrieges. Unter diesen Umständen mußte ja in den Köpfen der jüdischen Kämpfer der Gedanke auftauchen: für wen blute ich? Im Weltkriege erkannten Tischechen und Polen die Zwecklosigkeit ihres Kampfes für einen ihnen aufgedrungenen Staat und wendeten ihre Waffe gegen den Staat, der sie zur Verteidigung seiner Grenzen berufen hat; die jüdische Jugend, die vergebens mit ihrem Blute ihre Anhänglichkeit und Treue für das Land, welches sie bewohnt, besiegelte, erkannte die Hoffnungslosigkeit ihrer Aufopferung, eine bessere Zukunft für sich und ihre Angehörigen zu erkämpfen und dennoch faßte sie nie einen verräterischen Gedanken. Ich sah im großen Weltkriege Überläufer und Verräter vieler Nationen, aber nie einen Juden. Es ist weder eine Apotheose des Juden-Soldaten noch eine Zurücksetzung der Soldaten anderer Nationen, denn es gab Drückeberger und Schieber in allen Ländern und bei allen Völkern. Aber bewundern mußte ich den Mut und das Pflichtbewußtsein des Juden-Soldaten, der, wenn er ins Feld zog, seinen Mann ganz und restlos stellte, obwohl ihm die Heimat, die er verteidigte, nur eine rohe Stiefmutter war.

An der polnischen Jugend liegt es, die polnisch-jüdische Verständigung zu vertiefen und zu vollenden. Mögen die Eltern nicht schon in der Wiege den Haß gegen Juden predigen, die Lehrer und Geistlichen in Schule und Kirche den Juden verachten und hassen lehren; möge die polnische Jugend auf der Schulbank das Kameradschaftsgefühl auch jüdischen Kollegen gegenüber pflegen und aus ihren Herzen den noch vorhandenen Haß, als Gift ausröten. Denn die polnische Jugend hat ja selbst Jahre der Sklaverei und Unterdrückung miterlebt und in Gedichten und Liedern, auf Schulbank und in Pfadfinderorganisationen den Kampf gegen den Tyrannen verkündet. Wenn heute die Fesseln der Sklaverei gesprengt sind, muß die polnische Jugend aus den Leiden und Unterdrückung der noch jungen Vergangenheit lernen und der jüdischen Jugend die Freiheit gönnen, die sie ja selbst herbeigesehnt hat.

Auch die jüdische Jugend muß die polnische begreifen lernen, sich nicht absondern, aber auch nicht aufdrängen. Den jüdischen Geist, die eigene Kultur, das Bewußtsein des eigenen „Ich“ pflegen, aber auch Verständnis für die polnischen Bestrebungen haben. Jeder jüdische Junge muß seinem jüdischen Volke das opfern, was

es von ihm verlangt und dem Lande das geben, was ihm gebührt. Die jüdische Jugend muß es verstehen, das Volksbewußtsein mit dem Staatsbewußtsein zu vereinigen. Eine junge Generation, im veröhnlichen Milieu aufgewachsen, in Freiheit und Frieden, weiß nicht was nationaler Haß ist, verachtet den nationalen Kampf und kennt nur ein Ziel: vereint die Muttererde zu bebauen und zu schützen. Für das junge, auferstandene Polen gibt es nur eine Lösung: volle Gleichberechtigung aller Nationen. Und die Arbeit für die Gleichberechtigung, Verständigung und Veröhnung muß in Polen und im Auslande sofort einsetzen und rastlos fortgesetzt werden. In Polen und in allen Weltteilen, wo nur jüdische und polnische Gemeinden bestehen, sollen polnisch-jüdische Klubs mit dem Programm: gemeinsame Arbeit für eine polnisch-jüdische Verständigung und Veröhnung, gegründet werden. Denn für die Juden gilt es das Land zu schützen, wo Hunderttausende von Juden seit Jahrhunderten leben und wandeln, die großen jüdischen Gemeinden zu retten, die eine unverwüßliche Burg der jüdischen Rasse und jüdischen Kultur darstellen, während es sich den Polen darum handeln muß, Hunderttausende von Juden dem Staate zu erhalten, deren Kraft, Rührigkeit und Intelligenz es braucht. Die polnische Erde ist groß genug, um allen seinen Bürgern vollen Raum zur Entwicklung gewähren zu können.

All das, was hier gesagt wurde, gilt für jedes Land, wo Juden in größerer Zahl auftreten; deshalb gewinnt diese Schrift Bedeutung für all' diese Länder, die die Ursache ihrer Krankheit in den Juden suchen und den Antisemitismus auf ihrem Schilde führen, gleichgiltig, ob dieser Antisemitismus in Pogrome oder Wirtschafts- und Kulturboykott ausartet. Denn der Antisemitismus ist nichts anderes, als ein Bekenntnis zur eigenen Schwäche, er bewirkt nicht den Aufbau der eigenen Existenz, sondern nur die Vernichtung des Daseins Anderer.

Davis Erdracht.



I. Notwendigkeit und Bedeutung der Regelung der Judenfrage in Polen.

1. Immer mehr kommt heute die Anschauung zur Geltung, daß als das Hauptmittel zur Lösung der Judenfrage die neuerliche territoriale Konzentration der Juden in Palästina und den Nachbarländern betrachtet werden muß. Ich teile diese Anschauung. Man muß sich jedoch davor hüten, aus ihr gewisse irrige Konsequenzen zu ziehen.

Viele waren nämlich der Meinung, daß für die in ihren heutigen Dohnstäften zurückbleibenden Gruppen der jüdischen Bevölkerung die Ausgleichung der Gegensätze mit den sie umgebenden Völkern gewissermaßen automatisch sich vollziehen müßte. Und zwar von dem Augenblick ab, da die planmäßige Auswanderung nach dem Orient und der Aufbau einer jüdischen Heimstätte in Palästina ernstlich einsetzen würden.

Aus dieser Überzeugung leiteten sie die Folgerung ab, daß die sogenannte Gegenwartsarbeit in den Ländern der Zerstreuung keine Berechtigung habe. Insbesondere aber, daß jene Juden, die sich dem Heimstäffewerk widmen, keinerlei Veranlassung haben, sich um die Regelung des Verhältnisses der osteuropäischen Judenmassen zu ihren jehigen Mitbürgern zu bekümmern.

Die Ereignisse der letzten Jahre haben bewiesen, daß die Voraussetzung und die Folgerung gleich irrig waren. Alle klarblickenden Juden, welcher Partei auch immer sie angehören mögen, haben sich heute zu einer anderen Ansicht bekehrt.

Die Errichtung einer jüdischen Heimstätte in Palästina wird, bei der Zahl der Weltjudenheit und ihrer starken Vermehrung, dem Bestehen erheblicher

jüdischer Gruppen in den jetzt von ihnen bewohnten Ländern kaum ein Ende setzen können. Weder in ihrem Anfangsstadium, noch in ihrer späteren Entwicklung, ja nicht einmal unter Hinzurechnung der Fassungskraft der Nachbarländer und sogar kombiniert mit der gesamten jüdischen Auswanderung nach anderen Gebieten.

Wir stehen vielmehr vor der Tatsache, daß gerade um die Zeit, da eine welthistorische Wendung Palästina für die Juden geöffnet hat, die Judenheit Osteuropas die Schreckenvollste Krisis durchmacht, die ihr seit Menschengedenken beschieden war. Unter dem eisernen Zwange der Verhältnisse sehen wir alle bewußten Juden an die Regelung der lokalen Judenfrage mit Hand anlegen.

2. Man muß es beinahe als eine Gunst des Schicksals betrachten, wenn ein Land, wo Juden leiden, sich den Bestrebungen zur Besserung ihrer Lage nicht vollständig verschließt, wie Sowjet-Rußland es tut. Man muß es begrüßen, wenn soziale Rettungsmaßnahmen oder Ausgleichsverhandlungen in parlamentarischen Formen überhaupt eingeleitet werden können.

Zu den Gebieten dieser Art gehört Polen. Ja, aus vielen Rücksichten fällt den Reformbestrebungen gerade in diesem Lande besondere Bedeutung zu. Seit jeher zieht diese enorme Konzentration eines noch rein jüdischen, rückständigen, aber äußerst entwicklungsfähigen Menschenmaterials die Augen aller Freunde des Judentums auf sich. Schon Montefiore, der Initiator des Palästinaerwerkes, widmete auch Polen seine Aufmerksamkeit.

Die Neugestaltung der politischen Verhältnisse in Osteuropa, die Wiederverstehung eines unabhängigen polnischen Staates hat die Bedeutung der polnischen Judenfrage noch erhöht. Zunächst in rein quantitativem Sinne. Selbst wenn das neue Polen auf seine ethnographischen Grenzen beschränkt bleibt, wird es eines der größten Zentren der jüdischen Bevölkerung in Europa bilden.

Hierzu tritt der Umstand, daß die Bemühungen um die Regelung der Judenfrage in Polen, wie sich aus der weiteren Darstellung ergeben wird, trotz der trüben, heutigen Zustände gewisse Aussichten auf Erfolg bieten. Und noch eines kommt in Betracht. Sollte es in jahrelanger Arbeit tatsächlich gelingen, durch eine entsprechende Gesetzgebung, durch soziale Umschichtung und durch Verständigung mit den Polen für den großen Block der polnischen Judenheit erträgliche Lebensbedingungen zu schaffen, so würde diese politisch-wirtschaftliche Neuregelung voraussichtlich für alle osteuropäischen Länder vorbildlich werden.

Diese Gesichtspunkte dürften ausländische Regierungen sowie jüdische und sozialistische Organisationen veranlaßt haben, gerade in der letzten Zeit einzelne Persönlichkeiten oder Kommissionen nach Polen zu entsenden, um die Lage der dortigen Judenheit zu studieren.

3. Die Mission, welche mich nach Polen führte, wich in manchen Beziehungen von der eines Morgenthau, Stuart Samuel oder Denandel ab. Zunächst war der Ruf von polnischer Seite an mich ergangen. Ferner bestand meine Aufgabe nicht darin, den wahren Umfang eingetretener Katastrophen festzustellen und die Judenfrage in Polen bloß zu untersuchen. Sie ging vielmehr dahin, eine Verständigung zwischen Polen und Juden, sowie eine Sanierung der Verhältnisse durch planmäßige, praktische Reformen anzubahnen, um auf diese Weise soweit möglich künftigen Katastrophen vorzubeugen.

Wiewohl die von mir eingeleitete Aktion sich erst in ihrem Anfangsstadium befindet, folge ich gerne der Aufforderung des Interterritorialen Verlages „Wiedergeburt“ sowie dem Wunsche maßgebender auswärtiger Glaubensgenossen, den vorliegenden ersten Bericht zu veröffentlichen.

Zwei Gründe veranlassen mich hierzu.

Soll die Judenfrage in Polen gemildert werden, so sind hierzu neben den Anstrengungen der jüdischen Landesbevölkerung und der polnischen Elite,

zweckentsprechende Hilfeleistungen ausländischer jüdischer Gruppen, insbesondere der amerikanischen Judenheit unentbehrlich. Wenn aber diese Hilfeleistungen tatsächlich nützen und an der richtigen Stelle einsetzen sollen, so muß die ausländische Judenheit über den Stand, die Wege und die Ziele der unternommenen Reformarbeit genau unterrichtet sein.

Wird es mir vergönnt sein, das begonnene Werk zu Ende zu führen? Ich weiß es nicht. Und dies ist der zweite Grund. Mögen diejenigen, die vielleicht unter glücklicheren Umständen die Arbeit fortsetzen werden, in diesem Bericht die für sie erforderliche Informationsbasis finden. Und mögen sie jene Wege im Auge behalten, die am Schlusse dieses Berichtes als Ergebnis gewissenhafter Prüfung der Verhältnisse und reiflicher Erwägung angedeutet sind.

II. Umriffe der Judenfrage in Polen.

1. Es kann in diesem kurzen Bericht nicht meine Aufgabe sein, eine eingehende, auf statistische Angaben gestützte Darstellung der wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse der polnischen Judenheit zu entwerfen. Vielmehr muß ich mich damit begnügen, mit einigen knappen Strichen den Kern und die spezifische Beschaffenheit der heutigen polnischen Judenfrage zu kennzeichnen. So wird es klar werden, wo die Reformbestrebungen einsetzen mußten.

Was heute im Bereiche der polnisch-jüdischen Verhältnisse als grellste Tatsache in die Augen fällt, ist die früher nicht vorhandene, offene und zügellose Bekämpfung der Juden im öffentlichen und gesellschaftlichen Leben. Eine täglich heftiger sich gestaltende Presskampagne gegen die inländischen Juden und das Weltjudentum, die „Anonyme Großmacht“. Aufrufe und Maueranschläge, die unverhüllt zur

„Entjudung Polens“ durch die rücksichtslosesten Mittel auffordern. Ein zielbewußter wirtschaftlicher Kampf, welcher die Verdrängung der Juden aus ihren jetzigen Hauptberufen, dem Handel und der Vermittlung, anstrebt. Eine Gesetzgebung, die/ unter selbstjamer Auslegung des durch den Versailler Vertrag zugesagten Minoritätenschutzes die jüdische Arbeit hemmt und einen Teil der jüdischen Bevölkerung als Fremde behandelt.

Pogrome im wahren Sinne des Wortes trafen in Polen bekanntlich erst als Ausläufer der Weltkriegs-Verrohung auf. Ihre Veranstalter waren die durch dunkle Elemente verstärkten polnischen Militärformationen. Und bis heute sind alle Exzesse auf Rechnung des Militärs und des Kriegszustandes zu setzen. Sie nehmen die Formen von Brandstiftungen und Massakern an, wenn das Militär siegreich vordringt oder geschlagen zurückschneidet. Sie äußern sich in permanenter, barbarischer Drangsalierung einzelner Juden auf den Eisenbahnen und auf offener Straße, sobald in den militärischen Operationen ein relativer Ruhezustand eintritt.

2. Zum richtigen Verständnis der Sage muß hervorgehoben werden, daß diese feindselige Haltung der polnischen Bevölkerung den Juden gegenüber nicht etwa auf angestammten Rassenhaß zurückzuführen ist. Es gab in der Vergangenheit lange Perioden friedlichen Zusammenlebens beider Einwohnergruppen. Das untergehende Polen hinterließ in der Verfassung vom 3. Mai seinen Bürgern das Vermächtnis vollster Toleranz und Brüderlichkeit im Verhältnis zu den Juden. Der Keim zu den heutigen polnisch-jüdischen Gegensätzen wurde während der Periode der Fremdherrschaft gelegt, besonders in jenen Teilgebieten, wo die Regierungen die Juden gegen die Polen ausspielten. In Preussisch-Polen wurden die Juden fast restlos germanisiert. In Russisch-Polen trieben die Behörden, durch Förderung der Einwanderung russischer und litauischer Juden nach Polen, einen Keil zwischen die polnische und jüdische Bevölkerung.

Es ist sicherlich nicht meine Absicht, die heutige Judenhetze in Polen zu entschuldigen. Wohl ist es aber Pflicht der Objektivität und unerläßliche Vorbedingung wirksamer Reformmaßnahmen, die psychologischen Motive und die historische Genese der gegenwärtigen Spannungen funktlichst klarzulegen. Hierzu ist es erforderlich, die Judenheit Polens auch vom polnischen Standpunkt ins Auge zu fassen.

3. Das Moment, welches nach Ansicht der Polen ihre guten Beziehungen zu den Juden am meisten erschwert, ist die allzu große Zahl der jüdischen Bevölkerung.

In diesem Lande, welches nach ihrem Wunsche ein Nationalstaat, nicht aber ein Nationalitätenstaat sein soll, ist jeder 15. Einwohner Jude. Der weitaus überwiegende Teil der auf etwa drei Millionen zu schätzenden jüdischen Bevölkerung unterscheidet sich von den Polen nicht nur in Rasse und Religion, sondern auch in Sprache, Aussehen, Kleidung, Lebensweise und kulturellen Interessen. Er muß daher von ihnen als fremd empfunden werden.

Der Konflikt gewinnt neuerdings an Schärfe durch den Umstand, daß große Bruchteile der jüdischen Bevölkerung sich auch politisch zur jüdischen Nationalität bekennen und einerseits dem Palästina-Ideal huldigen, andererseits in Polen selbst die Rechte einer besonderen Nation für sich in Anspruch nehmen. So lange dieses Problem mit allen schwierigen und heiklen Teilfragen, die es involviert — politische Rechte, Verwaltungs-Autonomie, Schulwesen u. s. w. — nicht in einer für beide Teile annehmbaren Weise gelöst ist, erblicken die Polen in dem Block der national-empfindenden Juden eine Gefahr für die politische und nationale Einheitlichkeit des polnischen Staates.

Diese zweite Nation lebt nicht etwa auf einem bestimmten Gebiet konzentriert, sondern über das ganze Land zerstreut. Sie greift fast in sämtliche wirtschaftliche Funktionen des Gesellschafts-Organismus ein, bildet einen sehr erheblichen Teil des Mittelstandes in Polen ohne polnisch zu sein und hat den Handel zum großen Teil in ihren Händen.

Die Polen empfinden diesen Zustand als Last und Behinderung, nicht nur wegen der Abhängigkeit von andersrassigen Elementen, sondern auch deshalb, weil sie die von den Juden eingenommenen Positionen selbst ausfüllen zu können glauben.

4. Die für die Innenpolitik Polens maßgebenden, intelligenteren Klassen verstimmt jedoch nicht nur die nationale Absonderung und die wirtschaftliche Konkurrenz der Juden, sondern auch die ganze kulturelle Verfassung der jüdischen Massen.

Das Gros der polnischen Judenheit macht nach Ansicht der Polen heute noch einen mittelalterlichen Eindruck. Die moderne jüdische Volksbewegung verherrlicht gerade diesen unverkehrten traditionellen Typus. Die polnische Intelligenz dagegen betrachtet ihn mit Widerwillen.

So stehen einander zwei Welten gegenüber, zwischen denen es keinen Kontakt gibt. Dies schafft den Boden für endlose Mißverständnisse und Verdächtigungen. Die Sprachen, deren sich die Juden bedienen, reizen den Polen. Von da führt nur ein Schritt zur Annahme, daß die Juden mit den Begnern Polens fraternisieren und sich jedem Okkupanten hochverräterisch anschließen.

5. Und doch würde aus diesem gesamten Konfliktstoff, den zahllosen, täglichen kleinen Reibungen und den tiefer liegenden Gegensätzen niemals eine antisemitische Bewegung in den heutigen Formen sich ergeben haben, wenn nicht gewisse politische Parteien einen Vorteil darin erblickt hätten, sie für ihre besonderen Zwecke auszubeuten.

Diese Parteien haben ihre Macht und Popularität darauf gegründet, daß sie eine „Judengefahr“ phantastischer Art konstruierten und zum Kampfe gegen sie aufriefen. Sie haben durch 20-jährige, zielbewußte Bemühungen Spannungen, die auf dem Verständigungswege lösbar wären, oder mindestens bis zur Erträglichkeit gemildert werden könnten, fast bis zur Glühhitze eines Bürgerkrieges angefacht.

Gewiß ist auch die demoralisierende Wirkung des Weltkrieges, die Entartung des Militärs als eine zweite Hauptursache der gegenwärtigen Judenhetze in Polen zu betrachten. Vielleicht würden aber polnische Soldaten nie gewagt haben, durch blutige Judenverfolgungen den moralischen Kredit Polens zu untergraben, wenn nicht nationale Führer die heutige Generation zum extremsten Chauvinismus erzogen, in allen Gesellschaftsklassen eine Hysterie des Judenhasses erzeugt und der Brutalität einen Freibrief ausgestellt hätten.

6. Trotz aller durch die angeführten zwei Faktoren erzeugten Schärfen des heutigen polnisch-jüdischen Gegensatzes, hat die Judenfrage in diesem Lande eine besondere Nuance, welche es gestattet, ihrer Entwicklung kein ganz ungünstiges Horoskop zu stellen.

Polen gehört zu den wenigen Ländern, die eine gewisse Tradition der Judenfreundlichkeit besitzen. Diese, durch Staatsmänner geschaffene, durch große Dichter geheiligte Überlieferung verpflichtet und bildet auch eine Bürgschaft für die Zukunft. Denn mag sie auch zurzeit durch entgegengesetzte Strömungen überfönt sein, sie stützt sich letzten Endes auf gewisse Momente der polnischen Rassenpsychologie, Momente, die sich nicht völlig entwurzeln lassen, die nach vorübergehender Verdunkelung wieder zur Geltung gelangen müssen.

Das Verhältnis der Polen zu jenen Juden, die sich zur polnischen Nationalität bekennen, ist im Großen und Ganzen, kein schlechtes. Ab und zu ereignen sich eklatante Fälle, in denen ihnen die gebührenden Rechte aus antisemitischen Beweggründen voren-

halten werden, anderseits aber nehmen viele von diesen Juden in staatlichen Ämtern Vertrauensstellungen ein.

Es gibt heute noch in Polen einen nicht unerheblichen Teil der Intelligenz, der aus kulturellen Gesichtspunkten und rein menschlichem Empfinden heraus, der ganzen jüdischen Bevölkerung gegenüber sich durchaus wohlwollend verhält und die gegen sie inszenierte Hefe als Schmach empfindet. Die große Masse des polnischen Volkes zeichnet sich unter normalen Verhältnissen durch eine gewisse Sanftmut und Verträglichkeit aus. Selbst die polnischen Antisemiten sind, wie wild sie sich auch heute gebärden mögen, aus anderem Holz geschnitten, als ihre ausländischen Gesinnungs-Genossen. Sie erheben gewisse Vorwürfe, sie stellen Forderungen auf, aber sie lassen mit sich verhandeln.

7. Der ganzen polnischen Oberschicht ist der Ehrgeiz gemeinsam, den Rang Polens im Kreise der zivilisierten Staaten nicht zu gefährden. Polen erhebt den Anspruch, die älteste und vornehmste slawische Kultur zu repräsentieren, ein Stück Westen im Osten zu sein. Völlig unabhängig von ihrem inneren Verhältnis zu den Juden würden es daher viele führende Polen gerne sehen, daß der fessellosen antijüdischen Bewegung, die ihnen selbst über den Kopf gewachsen ist, ein Ende gesetzt wird.

In Polen haben die von oben ausgehenden Losungen große Macht über die Volksmassen. Sobald nur die Willkür-Herrschaft der Armee aufgehört hat, wird Polen zweifellos einen strammen Zivil-Verfassungskörper besitzen, der dem Willen der Regierung Gehör zu verschaffen wissen wird. Eine Konsolidierung der jetzt gelockerten Verhältnisse im Sinne der bürgerlichen Ordnung ist dann unbedingt zu erwarten. Der Volks-Charakter ist dem Abflauen einer überhitzten Stimmung, ja dem Umschlag in die entgegengesetzte günstig. So erscheint es nicht ausgeschlossen, daß nach Beendigung der Kriegsperiode die Wogen sich glätten und die polnisch-jüdischen Verhältnisse bei einiger Nachhilfe sich harmonischer gestalten werden.

8. Den geschilderten Tatsachen entspricht das innere Verhältnis der jüdischen Bevölkerung zur polnischen Nation. Eingedenk der historischen Entwicklung, ist sie dem Polen keineswegs feindlich gesinnt, wie ihre Gegner es behaupten. Sie erträgt die Paroxysmen der gegenwärtigen Judophobie mit bewunderungswürdigem Glauben an eine hellere Zukunft.

Ihrer staatsbürgerlichen Pflichten ist sich die Mehrzahl der jüdischen Bürger voll bewusst. Die neue, antisemitische Strömung stößt sie begreiflicher Weise zurück. Sie zwingt sie zu kühler Reserve, sowie zu energischer Verteidigung ihrer bedrohten wirtschaftlichen und sozialen Stellung. Unter normalen Verhältnissen jedoch würden die Juden den Anforderungen des polnischen Staatswesens nicht nur wie jetzt korrekt nachkommen, sondern zweifellos für seine Interessen voll und ganz sich einsetzen.

9. Unter solchen Umständen erschien mir der Versuch einer Sanierung der Lage nicht ganz aussichtslos. Der Weg, der ans Ziel führen konnte, war klar vorgezeichnet. Hüben und drüben dürften die Massen einer graduell fortschreitenden Verständigung zum Zwecke eines erträglichen Nebeneinanderlebens keine unüberwindlichen Widerstände entgegensetzen. So hängt alles nur von dem guten Willen und der Beschlußfähigkeit der Regierung, sowie der maßgebenden Führer der polnischen und der jüdischen Parteien ab; von der inneren Stellungnahme jener Kreise, die den Verwaltungs-Apparat in der Hand haben, die durch Organisation und Presse die öffentliche Meinung formen und beherrschen. Es galt auf beiden Seiten die Ausgleichstimmung zu beleben, einen Kontakt zwischen den kämpfenden Parteien herzustellen und auf Grund eines gemeinsam zu entwerfenden Programms die planmäßige Regelung der Judenfrage anzubahnen.

III. Verhandlungen mit den jüdischen Parteien. Bildung des „Interparteilichen jüdischen Komitees“.

1. Einige Worte zunächst über die Parteigliederung und die politische Psychologie der polnischen Judenheit. Man würde vollkommen fehl gehen, wenn man die innere Verfassung der polnischen Judenheit und ihr Verhältnis zu der umgebenden Bevölkerung nach Analogie der im Westen oder in Amerika herrschenden Zustände sich vorstellen wollte. Die fundamentale Tatsache, welche der ganzen Situation ihren Stempel aufdrückt, ist die nationale Absonderung der Hauptmasse der Judenheit. Doch hatte diese Masse die überlieferten historischen Formen ihres Sonderbestandes nicht abgestreift, als schon die moderne jüdisch-nationale Renaissancebewegung anbrach. Fügt man noch die Wirkungen des fast gleichzeitig einsetzenden Antisemitismus in Polen hinzu, so wird es begreiflich, daß heute etwa 90% der Juden unter dem nationalen Banner stehen und höchstens 10% dem Lager der Assimilanten angehören.

2. Aus dieser Tatsache ergab sich für meine Aktion die Folgerung, daß ich in erster Linie mit dem großen national-jüdischen Block zu verhandeln hatte. Nicht nur wegen seiner ausschlaggebenden numerischen Bedeutungen, sondern auch, weil die die Judenfrage ausmachenden Spannungen zum weitaus größten Teil nicht die kleine Assimilantengruppe, sondern die nationale Masse treffen. Ein Umstand kennzeichnet die Lage. Sämtliche jüdische Sejm-Deputierte, die als Juden ihr Mandat erhielten, wurden von den national-jüdischen Parteien gewählt. Sie bilden eine Kampftruppe, die bis zum Beginn der Ausgleichaktion mit der Regierung und der Sejm-Majorität fast ununterbrochen in schärfster Weise sich auseinandersetzen mußte.

Die gemeinsame nationale Plattform und der gemeinsame Zwang zur Abwehr haben jedoch unter den Nationaljuden keineswegs Einheitsbewußtsein

und Einheitsstreben erweckt. Die letzteren sind in fünf Parteien zerklüftet, die sich fast niemals zu einer gemeinsamen Aktion vereinigen, ja in der Regel einander in offener oder versteckter Weise aufs Heftigste bekämpfen. So will zunächst die national-jüdische Arbeitspartei die selbst in zwei Gruppen „Bund“ und „Poale Zion“ zerfällt, mit den bürgerlichen Parteien prinzipiell nicht kooperieren. Unter den letzteren wiederum bilden die Orthodoxen die zahlreichste, aber am unvollkommensten organisierte Gruppe, die Zionisten die best-organisierte und aktionsfähigste. Durch die Abzweigung des orthodoxen Flügels (Misrachi) ist jedoch auch in diese Organisation ein Riß hineingetragen worden, der zu Reibungen führt. Schließlich sind die „Folkisten“ (Jüdische Volkspartei) zu nennen, die ihre numerische Inferiorität durch Dührigkeit ausgleichen.

Auch die Assimilanten bilden keineswegs eine einheitliche Partei. Sie zerfallen vielmehr in drei deutlich von einander abgegrenzte Gruppen. An der Spitze marschieren die einstigen „repräsentativen Kreise“ der Judenheit, heute die extremste, von der jüdischen Gemeinschaft fast ganz losgelöste, numerisch unbedeutendste und einflussloseste Assimilantengruppe. Diese „Polen mosaischer Konfession“ stellen ein Grenzgebilde zwischen Judentum und Polentum dar, ein Grenzgebilde, das durch Taufe und Mischehe von Tag zu Tag immer mehr nach der polnischen Seite hin sich verschiebt. Die Mitte nimmt die Partei der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung ein, welche es mit ihrem polnischen Nationalismus noch für vereinbar hält, sich für die Rechte der jüdischen Bevölkerung einzusetzen. Den Übergang zu den national-jüdischen Parteien bilden die sog. Neo-Assimilanten oder „Neutralen“, eine außerordentlich zahlreiche, aber völlig unorganisierte und daher politisch nicht aktionsfähige Gruppe.

3. Sollte eine so differenzierte Judenheit zu erfpriesslichen Verhandlungen mit der Regierung und den polnischen Parteien gebracht werden, so mußte man vor allem den Versuch unternehmen, die jüdischen

Gruppen für diese Aktion einheftlich zu organisieren. Es mußte eine gemeinsame Vertretung geschaffen, ein gemeinsames Programm entworfen werden. Dies verlangte schon das jüdische Interesse. Nur auf diesem Wege konnte den jüdischen Ansprüchen Nachdruck verliehen, nur so konnte einer Divergenz, ja einer Gegenfäßlichkeit der jüdischen Forderungen vorgebeugt werden.

Es war dies aber auch der klar ausgesprochene Wunsch der polnischen Regierung, die die Gewähr haben wollte, daß ein mit dieser oder jener Partei erzielter Ausgleich nicht etwa von den anderen für unbefriedigend erklärt und durchkreuzt werde.

Selbstverständlich wäre die Kooperation sämtlicher jüdischer Parteien das Wünschenwerteste gewesen. Auf einen solchen Zusammenschluß war denn auch mein Streben ursprünglich gerichtet. Mein persönliches Verhältnis zu den Vertretern der verschiedenen Gruppen hätte mir auch die Erreichung dieses Zieles erleichtert, wenn es überhaupt erreichbar gewesen wäre. Es zeigte sich jedoch bald, daß volle Einheftlichkeit der Aktion zurzeit eine Unmöglichkeit war.

Die Idee, eine Verständigung zwischen den jüdischen Parteien herbeizuführen, wurde von vorne herein von sämtlichen Gruppen als undurchführbar bezeichnet. Als großer Erfolg wurde es schon begrüßt, als es nach längeren Bemühungen gelang, die vier bürgerlichen, national-jüdischen Parteien, welche das numerisch und politisch entscheidende Gros der polnischen Judenheit darstellen, im Rahmen eines interparteilichen jüdischen Komitees zu vereinigen.

Dieses Komitee wäre bereit gewesen, mit den Vertretern der national-jüdischen Proletariertparteien zusammenzuarbeiten. Diese aber wichen jeder Verständigung aus, weil sie nur auf eigene Hand und nur direkt mit dem polnischen Proletariat verhandeln zu können glaubten. Andererseits lehnte das interparteiliche Komitee die Beteilung irgend einer Assimilanten-Gruppe kategorisch ab.

4. Daß die Assimilanten den Ausgleichsverhandlungen fernbleiben sollten, gab den Anlaß zu immer wiederkehrenden Erörterungen innerhalb der jüdischen Kreise, mit der Regierung und den polnischen Parteien.

Die Vertreter der Nationaljuden begründeten ihren Standpunkt damit, daß sie die Erzielung einer Übereinstimmung mit den Assimilanten hinsichtlich der kulturellen und nationalen Forderungen für völlig ausgeschlossen hielten.

Wäre die Ausgleichsdelegation so zahlreich, daß die jüdischen Parteien eine proportionelle Vertretung in ihr finden könnten, dann wäre die Befeiligung der Assimilanten zu erwägen. Da jedoch in dem interparteilichen Komitee jede Partei durch zwei — in der Ausgleichs-Delegation nur durch ein — Mitglied vertreten war, hätte die wahre Majorität der jüdischen Bevölkerung keine Aussicht, ihr Programm durchzusetzen. Die Polen würden dann selbstverständlich unter Hinweis auf die programmatische Spaltung innerhalb der Judenheit den ihnen genehmeren Forderungen der Assimilanten den Vorzug geben. Im Übrigen gehören die Assimilanten nicht dem jüdischen, sondern dem polnischen Lager an. Auf eine seriöse Aktivität ihrerseits in jüdischen Angelegenheiten könne man nicht rechnen.

Trotz der hier angedeuteten, durchaus realen Schwierigkeiten, wich meine persönliche Anschauung in dieser Frage von der des interparteilichen Komitees ab. Prinzipiell befürwortete ich auf Grund des von mir vertretenen integralen jüdischen Programms stets die Zusammenarbeit aller jüdischen Parteien in den gemeinsamen jüdischen Interessen betreffenden Aktionen. Taktisch hielt ich es für sehr wohl möglich, auch bei Beteiligung der Assimilanten die berechtigten Forderungen der national-jüdischen Majorität durchzusetzen. In der dringendsten Frage d. i. der Eindämmung der antijüdischen Bewegung, durfte man auf volle Unterstützung seitens der Assimilanten rechnen. Ich war daher für eine partielle

Verständigung mit den Assimilanten und für ein Zusammengehen mit ihnen in gewissen Punkten. Zum mindesten mit den Neo-Assimilanten, in deren Reihen Männer von tieferem jüdischen Bewußtsein zu finden waren.

Mit diesem Vorschlage konnte ich nicht durchdringen, obwohl die Vertreter der orthodoxen Partei ihn unterstützten. Es fiel mir daher die Aufgabe zu, der Regierung gegenüber den Standpunkt der Majorität des Komitees zu vertreten. Es gelang mir auch, sie davon zu überzeugen, daß ein die vier bürgerlichen national-jüdischen Parteien umfassendes Komitee für die vorliegenden Verhandlungszwecke genüge. So wurde es formell möglich, die Ausgleichs-Aktion einzuleiten.

In national-jüdischen Kreisen wurde gerade der Umstand, daß die jüdische Vertretung auf die vier genannten Parteien beschränkt blieb, und daß die Regierung sowie die polnischen Politiker zum ersten Male gerade mit diesen Parteien in offizielle Verhandlungen traten, als Schritt nach vorwärts betrachtet. Im Lager der Assimilanten erregte dieselbe Tatsache naturgemäß nachhaltige Verstimmung.

5. Mit der Bildung einer Vertretung der jüdischen Parteien waren aber die inneren jüdischen Schwierigkeiten keineswegs überwunden. Das Gegeneinanderarbeiten der Parteien wurde nach alter Gepflogenheit auch im Rahmen des gemeinsamen Komitees fortgesetzt, sodaß die Erzielung einmütiger Beschlüsse sich im Beginne als außerordentlich zeitraubend erwies. Jede Partei beharrte zunächst starr auf ihrem Sonderstandpunkt und verfolgte ihre Sonderinteressen. Man kämpfte um den Sieg der eigenen Anschauung oder um die Anerkennung der Hegemonie dieser oder jener Gruppe. Erst nach und nach entschloß man sich zu Konzessionen, um eine Aktion zu ermöglichen.

Nur in einem Punkte herrschte volle Übereinstimmung: nämlich im Mißtrauen gegen jegliche Verständigungsaktion mit den Polen und in der geringen Bereitschaft zu Versuchen nach dieser

Richtung. Wenn auch manche Mitglieder in Bezug auf eine fernere Zukunft optimistisch gestimmt waren, so fehlte es ihnen doch an der inneren Vorbereitung für einen baldigen Ausgleich.

Man befürchtete, daß man bestenfalls als Lohn für gewisse erhebliche Leistungen nur bedeutungslose Scheinkonzessionen von den Polen erlangen würde. Man hatte den Verdacht, daß es sich nur um die National-Anleihe und die Plebiszite handeln könne, also um ein kurzfristiges politisches Manöver.

Gewisse Erfahrungen ähnlicher Art hatten die Juden vorsichtig gemacht. Tägliche Drangsalierungen und Schikanen erhielten sie in einem Zustand fortwährender Nervosität. Es herrschte eine geistige Grundstimmung, welche jedes Paktieren mit den Polen außerordentlich erschwerte.

Die führenden Männer der Parteien waren an Kampf gewöhnt. An Kampf nach zwei Fronten hin. Einerseits hatte man die Judenheit gegen die polnischen Angriffe zu verteidigen; andererseits die Fehlwegen der übrigen Parteien zu beleuchten und darzutun, daß nur die eigene Partei die wahre Retterin der Judenheit sei.

Aus dieser polemischen Geistesgewohnheit, die einem Grundzug der jüdischen Psyche entspricht, war es schwer, sich herauszureißen.

6. Eine andere Schwierigkeit bereitete die Kompetenzfrage. Mehrere Abgeordnete stellten sich auf den Standpunkt, daß Verhandlungen über die Regelung der Judenfrage von der polnischen Regierung und den polnischen Reichstagsparteien einzig und allein mit dem Klub der jüdischen Abgeordneten geführt werden könnten. Nur sie seien die legalen und berufenen Vertreter der polnischen Judenheit. Wenn man sich nicht offiziell und direkt an den Klub wende, so sei dies ein Beweis, daß man keine ernstlichen Absichten habe.

Es kostete einige Mühe, diesen Standpunkt zu widerlegen. In Wahrheit waren die Wahlen zum Sejm unter so ungünstigen Bedingungen für die Juden vor sich gegangen, daß viele berufene Vertreter der Judenheit kein Mandat erlangt hatten.

Die Verhältnisse hatten es mit sich gebracht, daß die Abgeordneten in der Kammer kaum anders als in polemischer Weise den Polen gegenüber aufzutreten konnten. Manche hatten die Tribunenrolle so temperamentvoll gespielt, daß zwischen ihnen und dem Polentum eine schwer zu überbrückende Kluft entstanden war. Es erschien also dringend geboten, die Verhandlungsdelegation nicht ausschließlich aus Abgeordneten zusammenzusetzen.

7. Wenn auch dieses Prinzip durchdrang, so waren dadurch die heiklen Personen- und Kompetenzfragen durchaus nicht erledigt. Von polnischer Seite wurde der Wunsch ausgesprochen, daß der jüdischen Ausgleichs-Delegation nicht solche Persönlichkeiten angehören mögen, gegen die infolge ihres politischen Auftretens starke Voreingenommenheit bestehe. Dies würde die Verhandlungen außerordentlich erschweren.

Diesem Wunsch glaubten die jüdischen Parteien

unter keinen Umständen entgegenkommen zu können. Zunächst aus prinzipiellen Rücksichten. Sie wollten sich das Recht, ihre Vertreter zu wählen, in keiner Weise schmälern lassen.

Und weiter: die jüdischen Politiker, gegen welche Einwände erhoben wurden, waren prominente Parteiführer von ausschlaggebendem Einfluß. Es wurde jüdischerseits hervorgehoben, daß die Verhandlungen nur dann Zweck und Sinn hätten, wenn die wirklich entscheidenden Männer an ihnen beteiligt wären. Nur sie könnten die tatsächliche Durchführung der Abmachungen verbürgen.

Dieser Gesichtspunkt hatte zweifellos eine innere Berechtigung. Es fiel mir nun die Mission zu, die Regierung und die polnischen Parteiführer von der Notwendigkeit zu überzeugen, mit den führenden Männern zu verhandeln, ohne Rücksicht auf ihre politische Vergangenheit oder ihr politisches Temperament. Es glückte mir auch in dieser Hinsicht, die ursprünglichen Widerstände zu überwinden.

8. Das Interparteiliche Jüdische Komitee setzte sich in seiner definitiven Konstituierung (Ende März 1920) aus nachstehenden Vertretern zusammen: Orthodoxe Partei (Schlome Emuneh Jisroel): Abgeordneter Rabb. Halpern, Stellvertreter Elias Hirschbraun; Zionistische Organisation: Abg. Grünbaum, Stellv. Abg. Hartglaf und Abg. Doktor Chon; Misrachi: Abg. Farbstein, Stellv. Rabb. Slotnik; Volkspartei: D. Prylutski, Stellv. Abg. Hirschhorn und Abg. Domborg. In soweit ich in Warschau weilte, führte ich den Vorsitz in diesem Komitee.

Ehe ich nun zu den Beratungen des Komitees über das Programm der Verhandlungen übergehe, muß ich manche Eindrücke erwähnen, die ich in diesem Kreise gewonnen habe.

Obwohl die Mitglieder des Komitees keine Hoffnung auf baldigen Erfolg der geplanten Ausgleichsaktion hatten, beteiligten sie sich doch an den Vorbereitungsarbeiten mit außerordentlichem Eifer und größtem innern Anteil. Meine Anregungen

Janden bei den Vertretern der vier Parteien die wärmste Aufnahme. Insbesondere schulde ich den Abgeordneten Farbstein, Grünbaum, sowie den Herren Prylucki und Abgeordneten Hirschhorn aufrichtigen Dank für zahlreiche Interventionen, durch die sie im Laufe der langwierigen Verhandlungen meine Bemühungen unterstützten. Es waren unermüdlische, stets zuverlässige Helfer.

9. Um die bevorstehende Aktion vor Störungen durch publizistische Eingriffe zu bewahren, lud ich die Vertreter der jüdischen Presse zu einer Besprechung ein. Wiewohl fast alle jüdischen Blätter Organe gewisser Parteien sind, die ihre Haltung in allen wichtigeren Fragen bestimmen und kontrollieren, war eine derartige direkte Fühlungnahme doch unentbehrlich.

Die Mitglieder der jüdischen Presse nahmen dem Ausgleichsgedanken gegenüber eine noch viel skeptischere Stellung ein, als die Abgeordneten und Parteiführer. Eine Förderung der polnisch-jüdischen Verständigung in der jüdischen Presse war vor Erzielung greifbarer Ergebnisse bei der herrschenden Stimmung kaum möglich. Andererseits jedoch sollte eine Schädigung derselben durch vorzeitige Angriffe ebenfalls verhütet werden. Man beschloß daher einmütig, von der ganzen Aktion in der Presse so lange keine Notiz zu nehmen, bis die Parteivorstände sie für reif erklären würden.

Trotz dieses Abkommens, das im Großen und Ganzen eingehalten wurde, blieben mir die üblichen Ironisierungen nicht erspart. Jrgend eine Hemmung hat jedoch die Ausgleichsaktion durch die jüdische Presse nicht erfahren.

10. Während der Beratungen über das der Regierung und den polnischen Parteien vorzulegende Ausgleichsprogramm stieß man auf zwei besonders strittige Momente. Ihre Lösung wird auch in Zukunft den Juden selbst große Schwierigkeiten bereiten, weil sogar die national-jüdischen Parteien in diesen Fragen prinzipiell auf verschiedenem Boden stehen. Deshalb müssen sie hier beleuchtet werden.

Der erste Punkt betrifft die politischen Forderungen. Die Zionisten und Folkisten haben in dieser Richtung weitergehende Wünsche, auf deren Erfüllung sie größtes Gewicht legen. Sie streben die volle Anerkennung der jüdischen Nationalität und alle erreichbaren administrativen Konsequenzen aus diesem grundsätzlichen staatsrechtlichen Zugeständnis an. Vor allem die Reorganisation der jüdischen Gemeinden auf demokratisch-nationaler Grundlage unter Erweiterung des sozialen Tätigkeitsbereiches derselben. Darüber hinaus aber auch, den politischen Zusammenschluß der gesamten Judenheit Polens auf dem Boden der Personal-Autonomie.

Die Misrachi wären geneigt, diese Forderungen als Zukunfts-Programm zunächst zurückzustellen, die Orthodoxen wollen sie nicht einmal als solches gelten lassen.

Der zweite Punkt besteht in der Sprachen- und Schulfrage.

Einerseits sind sich die national-jüdischen Parteien nicht einig darüber, in welchem Maße dem Verlangen der Polen nach Wahrung der Rechte des Polnischen als Amts- und Unterrichts-Sprache Genüge getan werden soll. Andererseits gehen sie hinsichtlich der jüdischen Nationalsprache auseinander. Die Einen wollen nur das Hebräische als solche anerkannt wissen, die Zweiten nur das Jiddische, eine dritte Gruppe verlangt dieselben Rechte für beide Sprachen.

II. Die Erörterung dieser Fragen war mit erheblichem Zeitaufwand und leidenschaftlichen Diskussionen verbunden. Umso mehr, als die prinzipiellen Momente nicht nur innerhalb des Komitees, sondern auch im Schoße der einzelnen Parteien durchberaten werden mußten.

Es gab jüdische Politiker, die sich auf den Standpunkt stellten, daß gerade die letzten, am Schwierigsten zu erreichenden Ziele der jüdischen National-Bewegung von entscheidender Bedeutung wären. Gesänge es, sie zu verwirklichen, so würde die Judenfrage sich automatisch lösen. Man müßte also in

der Ausgleichsaktion diese Fragen voranstellen, alle anderen als minder wichtig zunächst ausschalten und die sich darbietende Verhandlungs-Belegenheit zum Kampf um das Prinzipielle und Entscheidende auszunützen.

Diesen Vorschlag mußte ich in genauer Kenntnis der auf polnischer Seite herrschenden Stimmungen als faktisch verfehlt betrachten. Zunächst hätte er keinerlei Aussicht gehabt, durchzudringen. Seine Verwirklichung im gegenwärtigen Augenblick wäre nur zu einer Quelle gefährlichster Verschärfung der bestehenden Spannungen geworden. Aber schon die bloße Aufrollung dieser heiklen Zukunftsprobleme an erster Stelle hätte die ersprießliche Behandlung der dringendsten Gegenwartsfragen unendlich erschwert.

12. Ich verwies auf die Tatsache, daß im Bereich der Judenfrage zwei Sphären zu unterscheiden sind. Auf der einen Seite Konflikte brennendster Art, hinsichtlich deren eine baldige Verständigung unerläßlich und die Anwendung rasch wirkender Maßnahmen möglich erscheint. Auf der anderen Angelegenheiten heikler Natur, deren Lösung schwierig ist und langjährige Verhandlungen, sowie planmäßige Reformarbeit erfordern. Zur ersten Kategorie gehören die antijüdische Bewegung krasser Art, ferner ein Teil der wirtschaftlich-administrativen Probleme. Zur zweiten besonders die politischen und kulturellen Forderungen, sowie die umfassenderen Wirtschafts- und Verwaltungsfragen.

Für die unmittelbar bevorstehenden Ausgleichs-Verhandlungen befürwortete ich einen solchen Modus procedendi, daß man sich zunächst hinsichtlich der akutesten und am leichtesten zu erörternden Fragen verständige. Gelänge es, ein befriedigendes Abkommen zu erzielen und die Parteien im Laufe der Verhandlungen in nähere Fühlung zu bringen, so würde es an der Zeit sein, die Schwierigen, prinzipiellen Probleme ins Auge zu fassen.

Diese Taktik wurde nach längerer Diskussion von dem Komitee zum Beschluß erhoben. Mit großem

Nachdruck setzten sich mehrere Komiteemitglieder dafür ein, daß vor allem die Eindämmung der brutalen Judenhetze erstrebt werde. Man einigte sich dahin, daß man hinsichtlich aller Schwierigeren politischen, kulturellen und administrativen Probleme den Polen gegenüber sich auf den Boden der Bestimmungen des Versailler Vertrages betreffend den Minoritätenschutz (§ 93) zu stellen habe. Dadurch würde es möglich werden, die Erörterung dieser Frage zunächst völlig auszuschalten.

Auch in Betreff der internen Streitfrage: Hebräisch oder Jiddisch? wurde eine Einigung in dem Sinne erzielt, daß die Einführung der einen oder der anderen Sprache in den jüdischen Schulen von der Entschließung der Majorität der Eltern der einzelnen Schulkinder-Gruppen abhängig gemacht werden sollte.

13. Den eben angeführten Gesichtspunkten entsprechend, beschloß das Komitee einmütig, nachstehendes Programm als Verhandlungsbasis vorzuschlagen:

1. Bekämpfung der antijüdischen Bewegung. Unterdrückung aller Ausschreitungen gegen die Juden durch energische Regierungsverordnungen, deren Durchführung streng zu kontrollieren ist. Verbot aller aufreizenden Kundgebungen, die die Excesse herbeiführen.

Diese Forderung wurde als „Waffenstillstand“ bezeichnet, der allen Ausgleichsverhandlungen vorausgehen müßte.

2. Nächste wirtschaftlich-administrative Forderungen. Revision der letzten Gesetze, welche die jüdische Bevölkerung aufs Schwerste betroffen haben, insbesondere der Gesetze von der Sonntagsruhe und von der Registrierung der Ausländer. Aufhebung der aus der russischen und österreichischen Gesetzgebung übernommenen administrativen Beschränkungen. Beseitigung aller Verordnungen und Verwaltungspraktiken, welche die Bewegungsfreiheit und den Unternehmungsgeist der Juden auf geschäftlichem Gebiete behindern.

Fürsorge für jene Juden, welche infolge der planmäßigen Verdrängung des jüdischen Elementes aus dem Kleinhandel und dem Vermittler-Beruf ihre Existenz verlieren. Zulassung desselben zu staatlichen und kommunalen Lieferungen oder Pachten, sowie zum Dienst im Eisenbahn- und Tramway-Betrieb, ebenso Zulassung jüdischer Arbeiter zu christlichen Fabriken.

3. Umfassende wirtschaftliche und administrative Reformen. Anbahnung einer systematischen Sanierung der Lage der jüdischen Bevölkerung durch nachstehende drei Hauptmittel:

a) Planmäßiger wirtschaftlicher Aufbau unter beruflicher Umschichtung nach Maßgabe der allgemeinen volkswirtschaftlichen Entwicklung und der besonderen Verhältnisse Polens.

b) Planmäßige Emigration derjenigen jüdischen Elemente, welche in Polen keine Existenzbedingungen finden und Ausichten auf eine Beschäftigung im Auslande haben.

c) Reorganisation der jüdischen Gemeinden auf demokratischer Grundlage unter Erweiterung ihres sozialen Tätigkeitsbereiches.

In allen drei Richtungen soll die reformatorische Arbeit im wesentlichen durch die Juden selbst geleistet werden, während von den Behörden nur die Genehmigung, wohlwollende Stellungnahme und administrative Unterstützung erbeten wird.

4. Nächste politische und kulturelle Forderungen. Votierung einer Wahlordnung, welche den Juden die ihnen gebührende Vertretung in den gesetzgebenden Körperschaften sichert. Zulassung von Juden zu den öffentlichen Schulen in dem Maße, als die Zahl der letzteren sich vermehrt. Subventionierung der jüdischen Schulen aus Staatsmitteln nach den Bestimmungen des § 93 des Versailler Vertrages.

14. Die Verhandlungen mit den jüdischen Parteien und die Beratungen des Interparteilichen Jüdischen Komitees bis zur Votierung des Programms hatten etwa zwei Monate in Anspruch genommen.

(Februar—März 1920). Diese Zeit war im Hinblick auf die Anforderungen, welche das unternommene Werk an die Juden stellen wird, sicherlich keine verlorene. Sie brachte den Parteivertretern die richtige geistige Einstellung. Im Laufe der Beratungen lernten sie, sich untereinander immer rascher und leichter zu verständigen. Trotz aller sonstigen Gegenstände gewöhnten sie sich daran, das Interparteiliche Komitee im Verhältnis zu den Polen als gemeinsames Zentrum zu betrachten. Über die leidvollen Vorkommnisse des Tages hinaus begannen sie ihren Blick mehr auf die Notwendigkeit einer radikalen Lösung der unerträglichen Spannung zu lenken.

Immer stärker drängte sich ihnen die Erkenntnis auf, daß die erste Voraussetzung hierzu die Bildung einer jüdischen Einheitsfront ist. Immer klarer begriffen sie, daß der wirksamste Weg zum Ziele nicht darin bestehe, Behässigkeit durch Behässigkeit zu beantworten, die Intervention des Auslandes anzurufen, die Gegenstände zu verschärfen und zu verewigen, sondern in der Selbsthilfe auf dem Boden der staatlichen Interessensolidarität. In dem Ringen um die vollen bürgerlichen und nationalen Rechte, gleichzeitig aber auch im tätigen Streben nach einem harmonischen Verhältnis mit der dominierenden Bevölkerung.

Die Idee, die Schwierige, aber positive und aufbauende Arbeit an innerer Einheit und äußerer Ausöhnung trotz aller Fährnisse und Rückschläge unentwegt fortzusetzen, gewann als Gebot der Lebensnotwendigkeit immer mehr an Kraft im Verhältnis zu dem früheren, den Instinkten wohl schmeichelnden, jedoch unfruchtbaren polemischen Drang.

IV. Verhandlungen mit der Regierung und den polnischen Parteien.

1. Eine irrige Auffassung sei hier vor allem richtiggestellt. Als im Juli 1920 Ministerpräsident

Grabski die polnisch-jüdischen Ausgleichsverhandlungen offiziell und in voller Öffentlichkeit einleitete, verbreitete sich die Meinung, die polnische Regierung habe sich erst unter dem Drucke der durch die bolschewistische Offensive geschaffenen, bedrohlichen Lage, sowie auf Weisung der Ententemächte in Spaa zu einem Reformversuch im Bereiche der Judenfrage aufgerafft, ist unzutreffend.

Dies entspricht keineswegs den Tatsachen. Seit dem Wiedererstehen des polnischen Staates wandte sich die Aufmerksamkeit der führenden polnischen Politiker der Judenfrage in einem anderen Sinne als früher, nämlich in dem der Verständigung zu.

Schon Paderewski hatte als Ministerpräsident die Vertreter der Judenheit zu einer Konferenz eingeladen. Daß der von ihm unternommene Verständigungsversuch angesichts der unendlichen Schwierigkeiten auf beiden Seiten mißlang, ist begreiflich. Auch Wladislaw Grabski befaßte sich, kaum in Warschau eingetroffen, mit der Judenfrage. Er rief eine parlamentarische „Kommission für jüdische Angelegenheiten“ unter dem Vorsitz des Fürsten Czetywtyński ins Leben. Auch hier war jedoch nicht der richtige Weg eingeschlagen worden. Die Kommission erwies sich als totgeborenes Kind. Ebenso verlief der Versuch Stanislaw Grabskis — eines Bruders des Ministers — mit den jüdischen Kreisen Fühlung zu gewinnen, völlig ergebnislos.

Die neue Maßnahme Wladislaw Grabskis als Ministerpräsidenten war die erste sichtbare und lebensfähige Frucht einer langen Reihe von Vorbereitungen. Diese Vorbereitungen fanden nicht in einer Zeit der Bedrängnis, sondern in der Epoche wachsender militärischer Erfolge Polens statt.

Bereits Ende Dezember 1919, kurz nach der Bildung des Kabinetts Skulski, erging an mich die Aufforderung, nach Warschau zu kommen. Anfang Februar hatte ich dort die ersten Konferenzen mit den führenden Mitgliedern des Kabinetts. Ich lernte in ihnen einen Kreis von modernen Männern ken-

nen, die die antisemitische Bewegung unbedingt verurteilten, die Notwendigkeit und Bedeutung eines Ausgleichs mit den Juden vollkommen zu würdigen wußten und den von mir vorgeschlagenen Maßnahmen wohlwollendes Interesse zuwandten. Die Beteilung der einzelnen Minister an der Ausgleichsaktion war freilich individuell nuanciert.

2. Ministerpräsident Skulski, ein Mann von unverkennbarer staatsmännisch-repräsentativer Begabung und flüssiger Beredsamkeit, beleuchtete mir das ganze Gebiet der polnischen Judenfrage mit großer Sachkenntnis. Er war früher Bürgermeister von Lodz und hatte dort Gelegenheit, in die Verhältnisse einzudringen. Wiewohl er persönlich die vollste Unterstützung aller erforderlichen Schritte in Aussicht stellte, warnte er doch vor Illusionen hinsichtlich eines baldigen Umschwungs in dem inneren Verhältnis des polnischen Volkes zu den Juden. Er sprach über den Gegenstand mit einer gewissen wohltemperierten Wärme, manchmal mit der bewußten diplomatischen Reserve des Premiers.

Innenminister Wojciechowski, eine starke Persönlichkeit, die viele als die eigentliche Seele des Kabinetts betrachteten, gehörte zu den Gründern der sozialistischen Partei in Polen, hat aber seither die Wandlung zum Nationalisten durchgemacht. Ihm haßte das Odium an, daß er, allerdings ohne großen Erfolg, den Versuch unternommen hatte, das Gesetz von der Registrierung der Fremden in der Praxis durchzuführen. Er bekundete jedoch eine eigene spezifisch polnische Psychologie. Ein zehnjähriger Aufenthalt in England hatte ihn zu einer liberalen Auffassung der Judenfrage geführt. Er betonte nur, daß die Juden die politische Suprematie der Polen unbedingt anerkennen müßten. Im Abriß war er durchaus geneigt, den Weg der Verständigung mit den Juden zu betreten. Insbesondere erkannte er das Unrecht an, welches durch die Bestimmungen über die Sonntagsruhe der jüdischen Bevölkerung zugefügt wurde und deutete selbst die Richtung an, in der das betreffende Gesetz abgeändert werden könnte.

Minister des Auswärtigen Patek gehörte seit jeher zu den judenfreundlich gesinnten Politikern. Er betonte diesen Standpunkt unumwunden auch in den Unterredungen mit mir. Er bat mich, eine Reihe von Fragen mit seinen Fachbeamten zu besprechen und sagte die Förderung der Anträge zu, die wir ihm gemeinsam unterbreiten würden.

Lebhafte Interesse brachten der geplanten Aktion auch die Leiter des „Ministeriums des ehemaligen preußischen Teilgebietes“, Minister Seyda und Vizeminister Paszwiniski entgegen. Die Stellungnahme dieser Herren war um so wertvoller, als gerade Posen bekanntlich zu den Hauptherden der antijüdischen Bewegung zählt.

Das größte Verdienst aber um die Schaffung der ersten Grundlagen für das geplante Reformwerk haben sich zwei Mitglieder des Kabinetts erworben: Wladislaw Wróblewski und Wladislaw Grabski.

3. Vizeminister Wróblewski, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Leiter des Büros des Ministerrates, ist ein aus der österreichischen Schule hervorgegangener Staatsbeamter. Er besitzt viel Routine, hat aber nichts bürokratisches an sich. Ein Mann der positiven Tat, der den Ausgleich als Staatsnotwendigkeit erkannte und ihn machte, ohne viel Zeit und Worte an Theorien zu verschwenden. Da er sämtliche Fäden der Staatsmaschine in der Hand hielt, war er in der Lage, durch einen telephonischen Anruf Dinge zu erledigen, die sonst Wochen in Anspruch genommen hätten. Die genaue Kenntnis der führenden Staatsmänner, der polnischen Parteien und der jüdischen Psyche ermöglichten ihm, in allem die taktisch richtigen Wege zu wählen, stets das richtige Wort zu finden. Mit gewinnender Einfachheit und Natürlichkeit löste er schwierige Situationen. Trotz seiner zahllosen Beschäftigungen für die Sache des Ausgleichs zu jeder Zeit zur Verfügung, war er zuverlässigster, stets hilfsbereiter Förderer.

Wladislaw Grabski, zur Zeit der Eröffnung der Verhandlungen Finanzminister, war wohl aus

der nationaldemokratischen Partei hervorgegangen, hatte aber die verhängnisvollen Folgen der antisemitischen Bewegung nicht nur für die Juden, sondern auch für Polen selbst auf seinen Reisen nach Paris und London klar erfasst. Ein kluger, gewandter, in jeder Situation gelassener Staatsmann, verlor auch er nicht eine Sekunde mit Doktrinen. „Diese Aktion habe ich längst als unerlässlich erkannt. Wie weit sind Sie? Was kann ich jetzt tun, um die Sache zu fördern?“ In diesem Stil behandelte er die Angelegenheit während ihres ganzen Verlaufes. Manche wertvollen Ratschläge hatte ich ihm zu verdanken, Empfehlungen an maßgebende Parteiführer und tatkräftige Eingriffe in entscheidenden Momenten.

Aber die Stellungnahme des Kriegsministers Sojnkowski werde ich im weiteren berichten, weil ich erst später mit ihm zu verhandeln Gelegenheit fand.

Und Pilsudski? Mehrfach fand während der Verhandlungen eine Verständigung mit ihm statt. Zu einer direkten und offiziellen Beteiligung des Staatsleiters an der Ausgleichsaktion ist es jedoch bis jetzt nicht gekommen. Die wohlwollende innere Stellungnahme Pilsudskis in der Judenfrage war bekannt. Seine Umgebung war sogar der Ansicht, daß er in dieser Richtung schon zu sehr „belastet“ sei, um sich angesichts der herrschenden Strömungen zurzeit noch mehr zu exponieren.

4. Die vorsichtige Politik, welche im Betveber, der Residenz Pilsudskis befolgt wurde, fand mit einigen aner kennenswerten Ausnahmen, auch in anderen führenden Kreisen Nachahmung. Die Mehrzahl jener Politiker, die selbst die Verständigung anstrebten, wollten die Aktion nicht mit ihrem Namen decken. Sie scheuten die Initiative im Angesichte der Öffentlichkeit und wünschten eine Art politischer Rückversicherung.

So erklärte vor allem die Regierung, daß sie weder auf eigene Hand administrative Reformmaßnahmen treffen, noch die Ausgleichsaktion inaugu-

rierten könne. Hierzu sei die volle Unterstützung der politischen Parteien erforderlich. Die Initiative komme dem Sejm zu.

Ebenso erklärte dann jede Partei, mit der ich in Verhandlungen trat, daß sie im Prinzip geneigt sei, sich an der Ausgleichsaktion zu beteiligen, jedoch niemals ohne die anderen Parteien auf den Plan treten könne. Bei der beispiellosen Aufpeitschung der Leidenschaften war es schwer, aus dieser Haltung einen Vorwurf zu machen.

Der Weg zum Ziel führte also über die politischen Parteien. Immerhin aber hatte sich die Regierung bereit erklärt, zunächst mit den Vertretern der jüdischen Bevölkerung in Vorverhandlungen zu treten. Nach der im Einvernehmen mit der Regierung vorgenommenen Bildung des interparteilichen jüdischen Komitees sollte dasselbe vom Ministerpräsidenten Skulski im Beisein von anderen Ministern empfangen werden.

Dieser erste Auftakt zum geplanten Ausgleich stand unter keinem guten Stern. Beide Seiten waren noch zu sehr unter dem Einfluß des beängstigenden Gefühls, daß die Kreise, auf die sie sich politisch stützen ihnen diesen Annäherungsversuch verübeln könnten und daß die Aktion mit einer Kompromittierung enden würde. Aus dieser Empfindung heraus verlangten die Mitglieder des jüdischen Komitees im Vorhinein verschiedene Zusicherungen, die ich — nicht ohne Mühe — erwirkte, die aber doch sehr verstimmt.

5. Der Empfang beim Ministerpräsidenten Skulski fand am 31. März 1920 statt. Minister Wojciechowski und Vizeminister Wróblewski wohnten der Besprechung bei.

Nachdem ich den Verlauf der Vorbereitungen zur Ausgleichsaktion kurz geschildert und das von dem Jüdischen Komitee entworfene Programm zusammengefaßt hatte, ergriffen die Vertreter der vier jüdischen Parteien Farbstein, Prylucki, Grünbaum und Kirchenbraun, das Wort. Ihre Ausführungen waren so maßvoll und konzilient, so sehr vom besten

jüdischen Geist und gleichzeitig von Staatsbürgerlichem Empfinden getragen, daß sie unbedingt nur den günstigsten Eindruck hervorrufen konnten. Die Juden hatten ohne Rückhalt die Hand zum Frieden ausgestreckt.

Ministerpräsident Skulski schien jedoch Bedenken zu haben, in die dargebotene Hand ebenso rückhaltlos einzuschlagen. Seine Antwort hatte einen kühlen, reservierten und kritischen Charakter. Insbesondere befremdete es die Vertreter der jüdischen Parteien, daß der Ministerpräsident sich über die Bestimmungen des Versailler Vertrages in wenig freundlicher Weise aussprach, obwohl im Vorhinein stipuliert worden war, daß man zunächst von beiden Seiten diese Bestimmungen gelten lassen wollte, um die Verhandlungen zu erleichtern.

Die Unterredung schloß mit der Anregung des Ministerpräsidenten, die Verständigung mit den polnischen Parteien weiterzuführen, um eine neue Etappe der Ausgleichsaktion zu erreichen. Das Kabinett würde dann mit den Parteien gemeinsam alle erforderlichen Maßnahmen erwegen. Herr Skulski lehnte es jedoch ab, eine derartige gemeinsame Konferenz einzuberufen. Vielmehr sollten die Führer der polnischen Parteien die Konferenz beantragen.

Wiewohl der Ministerpräsident eine Reihe von erfreulichen Zusagen, insbesondere hinsichtlich der energischen Bekämpfung der antijüdischen Ausschreitungen gemacht hatte, verließ die jüdische Delegation den Empfangsraum enttäuscht. Manche Mitglieder warfen die Frage auf, ob es überhaupt noch Zweck habe, die Verhandlungen weiterzuführen.

Ich hatte Gründe die Situation optimistischer aufzufassen. Einerseits wußte ich, welche Momente die zögernde Haltung des Ministerpräsidenten bei dieser Begegnung veranlaßt hatten. Ich wußte auch, daß eine Ausgleichsaktion nach jahrzehntelanger Spannung unmöglich auf den ersten Anhub von Erfolg gekrönt sein konnte. Andererseits hatte ich bereits mit einigen polnischen Parteien Fühlung genommen

und dabei die Überzeugung gewonnen, daß die Zeit für eine Verständigung reif sei.

6. Zum Verständnis des Weiteren ist eine Orientierung in den polnischen Parteiverhältnissen, wie sie sich nach der Einberufung des ersten Reichstags gestaltet haben, unerlässlich.

Die einflussreichste, wenn auch nicht zahlreichste Partei bildeten die Nationaldemokraten unter der Führung von Stanislaw Grabski und Stanislaw Glombinski. Diese nationalistische Partei war gleichzeitig die eigentliche Trägerin der antijüdischen Bewegung. Numerisch entscheidend war die Bauernpartei „Piast“ (Polnische Volkspartei) unter der Führung von Witos. Sie leistete den Nationaldemokraten in vielem Gefolgschaft, so auch in dem systematischen wirtschaftlich-administrativen Kampfe gegen die Juden, ohne jedoch den Antisemitismus offen auf ihr Banner geschrieben zu haben. Dasselbe gilt im Großen und Ganzen von der „Nationalen Volksvereinigung“, der Skulski angehörte. Doch stand diese Partei in dem Rufe liberalen Strömungen nicht ganz unzugänglich zu sein. Völlig auf Seite der Nationaldemokraten standen einige kleinere Bauernarbeiter-Gruppen von katholischer Färbung.

An der Spitze des liberalen Flügels des Sejms marschieren die P. P. S. („Partei Polnischer Sozialisten“), die einzige Fraktion, welche von Zeit zu Zeit den Mut fand, öffentlich gegen die Judenhefe aufzutreten. Freisinnig, radikal ist auch die Bauerngruppe „Wyzwolenie“ (Emanzipation). Zu den Anhängern einer gerechten Behandlung der Juden dürfte man auch den sog. „Bürgerlichen Klub“ (National-Fortschrittliche Partei) und den „Klub der konstitutionellen Arbeit“ zählen.

Die liberalste und relativ judenfreundlichste Partei, welche mit die klangvollsten Namen der polnischen Intelligenz umfaßt, die sog. „Libérale Demokratie“ steht außerhalb des Reichstags. Sie war nicht in der Lage, die nötige Stimmenanzahl auch nur für einen einzigen Abgeordneten aufzubringen. Aber

auch die im Sejm vertretenen liberalen Gruppen sind numerisch so schwach, daß auf ihnen allein die Ausgleichsaktion sich nicht aufbauen ließ. Sollte tatsächlich ein neuer Kurs in der Judenfrage eingeschlagen werden, so war es unbedingt notwendig, an die großen nationalen Volksparteien heranzutreten. Als Minister der politischen Arithmetik hatte Vizeminister Wróblewski sogar eine genaue Kalkulation der erforderlichen Stimmenanzahl entworfen.

Den Standpunkt, den manche jüdische Politiker einnehmen, daß jeder direkte Verständigungsversuch mit ausgesprochenen Gegnern der Judenheit zu verpönen sei, erschien mir unfruchtbar. Ich begann mit meinen Verhandlungen gerade bei den Schöpfern und Bannerträgern des polnischen Antisemitismus.

7. Wenn ich nun im Laufe der Verhandlungen mit den Sejm-Parteien gewonnenen Eindrücke zusammenfassen soll, so muß ich feststellen, daß ich bei keinem polnischen Politiker den zynischen und grausamen Antisemitismus eines Podedonoszew oder Jonescu vorgefunden habe. Wohlgerne, ich spreche von den Politikern und nicht von den uniformierten Pogromhelden.

Stanislaw Grabski, der aktivste Führer der Nationaldemokraten, fragte mich:

„Die Juden meinen wohl, daß ich ihr Todfeind bin?“ „Gewiß, die halten Sie für den polnischen Haman.“ „Mit Unrechtf. Ich bin kein Judenfeind, ich bin nur ein Freund meines eigenen Volkes. Die Juden haben sich zwischen das polnische Bauerntum und den polnischen Adel als fremde Schicht hineingeschoben und stören unsere einheitliche, nationale Entwicklung. Die Juden zu hassen, liegt mir fern. Ich bin, wie unsere ganze Generation, unter dem Einfluß jener polnischen Dichtungen aufgewachsen, die von Sympathie für die Juden erfüllt sind, wie Orzeszkowa's ‚Meir Esfowicz‘ und Swientochowskis ‚Chawa Rubin‘. Glauben

Sie mir, wenn ich den jüdischen Händler sehe, der halbleere Streichholzschachteln verkauft, bin ich über seinen Befrug durchaus nicht empört. Er ist einfach sonst nicht im Stande seine Familie zu ernähren. Ich möchte ihm gerne helfen. Aber schließlich steht mir der polnische Bauer und der polnische Kleinhändler doch näher. Wir haben das Gesetz über die Sonntagsruhe eingeführt, nicht um die Juden zu treffen, sondern um die kleinen Leute in der Provinz zu schützen. Wenn in einer Kleinstadt Sonntags die ganze Umgegend zur Morgenandacht zusammenströmt und dabei in den offenstehenden jüdischen Geschäften sich für die ganze Woche versorgen kann, so sind die christlichen Händler benachteiligt. Ich bin kein prinzipieller Gegner der Anerkennung der jüdischen Nationalität. Es entspräche dies einer Tradition des alten polnischen Staates, in dessen Akten von drei Landesnationen die Rede ist: Polen, Juden und Armenier.

Unsere Partei ist zu einer Verständigung mit den Juden bereit, und nicht erst seit heute. Als ich vor einem Jahr selbst einen ähnlichen Versuch unternahm, da tat ich es ihm Einvernehmen mit Roman Dmowski. Aber isoliert, ohne die anderen Parteien, dürfen wir nicht vorgehen. Wenn wir das täten, so würden andere Parteien, andere Männer auftreten, die das von uns fallen gelassene Banner aufheben, uns des Ver Rates bezichtigten und selbst einen viel radikaleren, brutaleren Antisemitismus verkünden würden.

Sichern Sie sich den Bauernklub „Piast“ und die Nationale Volkspartei, bilden Sie ein polnisches, interparteiliches Komitee, wie Sie ein jüdisches geschaffen haben, dann trete ich mit G l o m b i n s k i diesem Komitee bei.“

8. Im Namen der Bauernpartei „Piast“ (Polnische Volkspartei) verhandelte mit mir hauptsächlich dessen Vizepräsident Abgeordneter R a t a j, ein Mann von humanster Gesinnung.

„Unsere Partei — erklärte er — hat die anti-jüdische Bewegung nicht initiiert. Die Nationaldemokratie allein trägt die Verantwortung für diese Bewegung. Die polnische Bauernschaft neigt weder zum Rassenhaß noch zu Exzessen. Ich stamme selbst aus einer Bauernfamilie und habe auf dem Lande beobachtet, wie dort die täglichen kleinen Reibungen sich abspielen, ohne einen gefährlichen Zündstoff zu hinterlassen. Freilich, es ist jetzt ein Massenantisemitismus geschaffen worden, der die Gemüter beherrscht und zu dessen Entwurzelung lange Jahre notwendig sind. Man hat das Volk gewöhnt, für alle heutigen Leiden — das wirtschaftliche Elend, den Schleichhandel, den Krieg, den Bolschewismus — die Juden verantwortlich zu machen. Umso mehr aber müssen wir heute an eine Sanierung der Verhältnisse herantreten. Nicht nur aus der liberalen Anschauung heraus, sondern mit Rücksicht auf die realen Interessen unseres Staates.“

Eine ähnliche Aufnahme fand der Verständigungsgedanke bei der Nationalen Volkspartei. Der Vorsitzende, Völkerrechts-Professor Dubanowicz, äußerte sich: „Unsere Partei hat niemals gegen die Juden geheßt, weder im Leben, noch in der Presse. Wir sind bereit, dem Komitee beizutreten.“

Dieser Sejm-Gruppe gehört auch ein Abgeordneter an, der die Ausgleichsaktion aufs eifrigste gefördert hat, Pfarrer Starkewicz. Ich verdanke seine Bekanntschaft dem Kaplan Piljudzki, Pater Plewka Plewczynski, der sich in den Kreisen des Belweder und unter dem Klerus ebenfalls für der Verständigungsgedanken eingesetzt hat. Starkewicz gehört zu jenen polnischen Geistlichen, die es als eine religiöse und nationale Ehrenpflicht betrachten, ein brüderliches Verhältnis zu den Juden anzustreben. Freisinnig, von großen menschlichen Idealen beseelt, propagierte dieser treffliche Mann die Annäherungsgedanken nicht nur innerhalb der eigenen Fraktion, er ebnete mir auch die Wege zu anderen Parteien.

9. Persönlichkeiten wie Starkewicz, in denen noch ein Wiederschein des alt-polnischen Idealismus aus den Zeiten Kościuszko's oder Mickiewicz's leuchtet, fand ich auch in anderen Gruppen fortschrittlicher Richtung.

Die Partei Polnischer Sozialisten (P.P.S.) befaßte sich mit der Ausgleichsfrage sehr eingehend in einer Konferenz unter dem Voritze Dr. Hermann Diamonds, eines der wenigen Assimilanten, die die Aktion in allen Stadien mit größter Wärme unterstützten. Der Besprechung wohnten die führenden Mitglieder der Partei bei, wie der frühere Ministerpräsident Moraczewski und der nachmalige Vizepremier Daszyński. Den nachhaltigsten Eindruck hinterließen mir die Ausführungen des Vizepräsidenten Barlicki und des Genossen Zulauski. Sie entwickelten in ihren Aussprachen eine derartige Kenntnis der Verhältnisse, gepaart mit Gerechtigkeitsinn und Menschenliebe, daß ich sagen muß: in diesen Männern lebt die Tradition des großen, vierjährigen Reichstags.

Volles Entgegenkommen fand der Verständigungsplan auch bei den Vertretern des Klubs "Wyżwolenie" („Emanzipation“), Präsident Stolarzski und Fr. Kosmowska, einer bemerkenswerten Vorkämpferin der liberalen Richtung, ferner bei den Führern des „Bürgerlichen Klubs“, de Rosset und Dr. Suligowski. In Erinnerung blieben mir die Worte Suligowski's, der die gegenwärtige Judenhetze vom Standpunkt des polnischen Liberalismus aufs Strengste verurteilte. „Die widersinnig — bemerkte er — ist doch die Beschuldigung, daß die polnischen Juden ihrem Geburtslande fremd und feindlich gegenüberstehen, wie verkehrt das Streben, sie aus diesem Lande hinauszudrängen! Begreift man denn nicht, daß zwischen dem Boden und den Menschen sich immer Bande knüpfen, daß die Juden an unserer Sonne ebenso hängen, wie wir selbst und das Land nicht verlassen würden, wenn sie nicht dazu gezwungen werden?“

Eine sehr wertvolle Stütze für die polnisch-jüdische Annäherung bilden ferner die Männer der „Liberalen Demokratie“, wenn sie auch mangels eines Vertreters im Sejm an der offiziellen politischen Aktion sich nicht beteiligen konnten. Jene Gruppe polnischer Intelligenz, die früher in Petersburg und Moskau wohnte und dort der Kadetten-Richtung nahestand, leitet diese Partei: Sednicki, General Babianski, Ziabicki. Aber auch der frühere Ministerpräsident Kucharzewski, Prof. Petrarzewski, Prof. Bodeuin de Courtenay und andere Leuchten der polnischen Wissenschaft, gehören zu ihren Führern. Das sind Männer, die dem antisemitischen Orkan die Stirn bieten und für eine kulturelle Behandlung der Judenfrage eintreten, ohne auf die Beschuldigung zu achten, daß sie „Judenknechte“ seien.

10. Hier seien in Kürze die Gedanken zusammengefaßt, welche ich teils in Unterredungen mit den führenden Politikern, teils in Referaten von den einzelnen Reichstagsfraktionen oder auch in Konferenzen mit den Regierungsvertretern entwickelt habe und durch die die polnischen Parteien bewogen wurden, der Verständigung mit den Juden näher zu treten. Diese Gedankengänge beleuchten die Notwendigkeit eines Ausgleichs im wesentlichen vom polnischen Standpunkt.

In den Anschauungen einsichtiger polnischer Politiker über die Judenfrage — führte ich aus — geht seit einiger Zeit zweifellos eine Wandlung vor sich. Wir können in dieser Frage zwei Hauptmomente unterscheiden. Einerseits das konkrete Substrat tatsächlicher wirtschaftlicher und politischer Konflikte, die in einer Übergangsepoche wie die unsere natürlich sind und durch zielbewußte Reformarbeit gelöst werden können. Andererseits aber eine künstliche Aufbauschung der vorhandenen Gegensätze, eine antijüdische Agitation, die zu Erzessen führt.

Die Wandlung in den Anschauungen beruht nur darin, daß man die Schädlichkeit dieser auf die Judenfrage aufgepfropften Hetzpolitik nicht nur für

die Juden, sondern auch für die Polen, einzusehen beginnt.

Was sind die Folgen dieser Strömung?

Man hat die früher sanfte und gutmütige Seele des polnischen Volkes von Grund aus vergiftet. Man hat die nach Millionen zählende jüdische Bevölkerung, welche auf allen Gebieten des nationalen Lebens eine unschätzbare Helferin sein konnte, gezwungen, sich grollend zurückzuziehen.

Aber auch jenseits der Grenzen des eigenen Landes hat diese Politik für Polen Hemmnisse und Einbußen bewirkt. Sie hat nicht nur die einflussreichen jüdischen Sphären des Auslandes auf tiefste verstimmt, sondern Polen auch in den demokratischen und liberalen Kreisen der ganzen Welt diskreditiert. Dieses Schwinden der Sympathien für Polen hat schon manchen politischen und wirtschaftlichen Plan der polnischen Regierung zunichte gemacht.

II. Und noch eine zweite Erkenntnis drängt sich heute allen auf. Welchen Endzweck verfolgte man mit dem rücksichtslosen Kampf gegen die Juden? Man hoffte, durch wirtschaftlichen Boykott, Pogroms und administrative Schikanen die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung zur Auswanderung zu zwingen. Die durch den Weltkrieg bewirkte Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Einwanderungsgebiete, das Sinken der Valuta und die Erschwerung des Weltverkehrs haben die Ausführung dieses Planes völlig unmöglich gemacht.

Man muß mit der Tatsache rechnen, daß selbst bei einer Forcierung der Emigration auf absehbare Zeit hinaus eine jüdische Millionenbevölkerung in Polen verbleiben wird. Nun ist das Bestreben, einen polnischen Kaufmannsstand zu schaffen und die Landbevölkerung durch Kooperativ-Genossenschaften vom Zwischenhandel zu befreien, an sich durchaus berechtigt. Wenn man aber bei der Verfolgung dieser Ziele nicht daran denkt, den aus ihren gegenwärtigen Positionen verdrängten Juden neue Erwerbszweige zu öffnen, ja über ihren Ruin

sich freut, so geht man einer Katastrophe entgegen.

Es ist unausbleiblich, daß dann in Polen ein riesiges jüdisches Proletariat entsteht. Und die Kombination dieses verzweifeltsten Proletariats mit der revolutionären Arbeiterklasse muß zu sozialen Umwälzungen führen, welche, ähnlich wie in Rußland, alle materiellen Errungenschaften des kaum konsolidierten polnischen Mittelstandes verschlingen würde.

Alle diese Erwägungen führen zu dem Schluß, daß in der polnischen Judenpolitik ein neuer Kurs unvermeidlich ist, daß der bisherige Vertilgungskampf durch Verständigung ersetzt werden muß.

12. Wenn an einen Ausgleich gedacht werden soll, so müssen neben den Klagen und Forderungen der Juden selbstverständlich auch die Beschuldigungen und Wünsche der Polen geprüft werden. Hierbei sind gewisse weitverbreitete aber wenig berechnigte Anschauungen von den Forderungen einsichtiger Politiker zu trennen.

Drei Vorwürfe macht zur Zeit die polnische öffentliche Meinung den Juden. Diese Vorwürfe sind jedoch von billig denkenden polnischen Abgeordneten im Laufe der gegenwärtigen Verhandlungen entkräftet worden.

Dem den Juden vorgeworfen wird, daß sie allein alle Schuld an dem Hunger, der Teuerung und dem Schleichhandel tragen, so antworten die Unparteiischen: Die Hauptschuld an den wirtschaftlichen Mißständen trägt der Weltkrieg. Die Juden sind an ihnen nicht als Gesamtheit, nicht als Masse befehligt, sondern bloß als Vertreter bestimmter Berufe. Hier machen ihnen jedoch zahllose Nichtjuden, die sich zu Virtuosen in allen unerlaubten Operationen entwickelt haben, erfolgreiche Konkurrenz.

Des weiteren werden die Juden beschuldigt, sich während des Weltkrieges jedem Okkupanten angegeschlossen und so den Polen gegenüber treulos gehandelt zu haben. Aber dieser Anschluß — so höre ich von den vorurteilslosen Polen — war nicht politischer Natur. Es handelte sich nur um kommerzielle Beziehungen. Und hat denn der polnische

Kaufmann damals nicht ebenfalls die einzige sich darbietende Konjunktur, den Absatz an die Okkupanten, ausgenüßt?

Schließlich wird der Bolschewismus mit dem Judentum identifiziert. Weil in den leitenden Kreisen Sowjetrußlands die Juden stark vertreten sind, wird der russisch-polnische Krieg als ein Vernichtungskampf der Juden gegen die Polen hingestellt, wird die Rache an den inländischen Juden gepredigt. Jeder Pole, der aus Sowjetrußland kommt, wird aber bezeugen, daß das polnische Element im bolschewistischen Beamtentum und vor allem in der Roten Armee vielleicht noch stärker vertreten ist, als die Juden. Der Organisator der gefürchteten "Tscherezwytschajki" (Außerordentliche Kommissionen) ist der Pole Dzierżyński. Bei Bobrujsk stand der polnischen Armee ein Regiment von polnischen Bolschewiki gegenüber. In Moskau verweigerte ein bekannter polnischer Führer den Vertretern der polnischen Regimenter in der ehemaligen zaristischen Armee die Auslieferung der auf dem Kreml aufbewahrten polnischen Standarten, weil die ganze polnische Mannschaft bolschewisiert sei.

13. Einen ganz anderen Charakter tragen die Vorhaltungen, welche von besonnenen polnischen Politikern den Juden gemacht werden.

Wenn sie behaupten, daß die große Masse der polnischen Juden heute nicht daselbe Maß von Solidarität mit der Hauptbevölkerung des Landes und von Patriotismus bekundet, wie ihre Glaubensgenossen in anderen Ländern, so ist dies gerechtere Weise nicht in Abrede zu stellen. Aber die Antwort darauf hat schon der große polnische Reformator Butrymowicz im Vierjährigen Reichstag gegeben: "Es ist ein seltsamer Anspruch, daß die Juden denjenigen, die sie stets bedrückt haben, freu und wohlgesinnt sein sollen, daß sie einem Lande, das für sie kein Vaterland ist, sich nützlich erweisen sollen".

Gerade der Hinweis auf den Patriotismus der Juden in anderen Ländern bezeugt es ja, daß der

Mangel an staatsbürgerlichem Empfinden keineswegs zu den angeborenen Eigenschaften der Juden gehört. Auch in Polen haben die Juden noch während des Aufstandes von 1863 die wärmste Solidarität mit dem Lande bekundet. Es mußte erst die antisemitische Bewegung kommen, um sie zu ihrer heutigen politischen Haltung zu veranlassen.

Wir sehen also, daß man sich bei diesen gegenseitigen Beschuldigungen in einem circulus vitiosus bewegt. Es ist besser, unter diese endlose Kette von Schuld und Vergeltung einen Strich zu setzen und sich zu einem gemeinsamen Reformwerk die Hand zu reichen.

Man verlangt von polnischer Seite, die Juden mögen unter ihren Massen die Kenntnis der polnischen Sprache und staatsbürgerliches Bewußtsein verbreiten. Man verlangt, daß die Juden, ohne ihren angestammten Charakter aufzugeben, mit dem polnischen Volke sich solidarisieren und an allen Landesangelegenheiten sich eifriger beteiligen mögen. Man verlangt endlich, daß diese ganze Wandlung auch in der jüdischen Presse, die heute nur mit Anklagen gegen das Polentum gefüllt ist, sich wieder spiegeln möge. „Diesen Forderungen — antworten die Juden — wird in loyalster Weise Genüge getan werden, sobald nur die gegen uns geführte Campagne eingestellt wird und tatsächlich der Beginn einer neuen Ära zu verzeichnen ist.“

14. Noch ein weiteres Verlangen stellen die Polen. Die Juden müßten dahin wirken, daß die Weltjudentum Polen nicht so unfreundlich gegenüberstehe, wie dies jetzt der Fall ist.

Auch das kann erwogen werden — meinen die Juden. Aber zunächst: Wer hat den Anlaß zu der Fehde gegeben? Die Weltjudentum ist keineswegs von einem elementaren Haß gegen das Polentum erfüllt. Wenn sie dem neuen polnischen Staat kühl gegenübersteht, so ist dies eine leicht verständliche Wirkung der Behandlung, die die Polen ihren jüdischen Mitbürgern angedeihen lassen.

Auch im Verhältnis zum Weltjudentum waren und sind die polnischen Antisemiten der aggressive Teil. Ihre Presse bekämpft ständig eine von ihr konstruierte, weltbeherrschende „Anonyme Großmacht.“ Welchen Nutzen kann dieser Kampf Polen bringen? Wenn die These richtig ist: Wenn das Judentum tatsächlich ein allmächtiges „Über-Volk“ repräsentieren — kann die polnische Presse einen solchen Gegner niederringen? Ihre Beschoße erreichen ihn gar nicht. Wenn aber die Juden auch bloß, auf Grund ihrer Loyalität, Begabung und Nützlichkeit, in engen Beziehungen mit den wirklich weltbeherrschenden Völkern verbleiben: Kann die polnische Presse diese Bande zerschneiden?

Keineswegs. Als Gegner wird das Weltjudentum Polen immer überlegen bleiben. Durch seine Einflüsse im Bereiche der Politik, der Finanzen und der Presse vermag es Polen zu isolieren. Wozu also dieser aussichtslose Kampf? Wäre es nicht eine viel rationellere und geschicktere Politik, sich mit diesem Weltfaktor zu verständigen? Von Polen allein hängt es ab, einen Gegner in einen Bundesgenossen und Förderer zu verwandeln. Hierzu ist nun eines erforderlich: Polen muß den Kurs seiner Judenpolitik ändern, es muß aus einer Verfolgerin der Juden zu einer Beschützerin werden.

15. Von keiner Seite erlitten diese Ausführungen eine prinzipielle Ablehnung. Niemals sah ich während solcher Verhandlungen die finstere Stirn des unversöhnlichen Judenfeindes, der nicht nur die moralischen, sondern auch die utilitaristischen Rücksichten opfert, um seinen Vernichtungswillen zu befriedigen. Meine Anregungen wurden im Gegenteil wie eine frohe Botschaft aufgenommen. Man gab sich Rechenschaft davon, daß im Falle des Zustandekommens eines Ausgleichs Polen nicht nur von der Schmach der Judenhefe und von den mit ihr verknüpften auswärtigen Schwierigkeiten sich befreien, sondern gleichzeitig für seinen innern Aufbau Scharen von wertvollen Kräften sich sichern würden.

Selbstverständlich fehlt es niemals an einer Kritik des jüdischen Verhaltens. Indes war die Stellungnahme zu dem im Programm des interparteilichen jüdischen Komitees formulierten Forderungen im allgemeinen eine entgegenkommende. Es wurde erklärt, daß manche dieser Forderungen sofort nach Abschluß einer einleitenden Verständigung erfüllt werden würden, während die Verwirklichung anderer von der Summe der Vorteile abhängig gemacht werden müßte, die sich aus dem Ausgleich ergeben würden.

Ich hatte auch bereits Gelegenheit, über gewisse politische Forderungen der nationalen Judenheit mit den Vertretern der polnischen Parteien vertraulich mich zu verständigen. Ich gelangte zur Überzeugung, daß man beim Einschlagen der richtigen taktischen Wege auch hinsichtlich dieser Probleme, allerdings in einem späteren Verhandlungsstadium, zu einer Einigung gelangen könnte.

16. Die Frage, die den polnischen Politikern Schwierigkeiten bereitere, war immer nur die, der praktischen Durchführung der Ausgleichsidee. Wie soll man, angesichts der herrschenden Strömungen, die neue Wendung einleiten? Wie lassen sich bei den zu erwartenden Widerständen konkrete Ergebnisse erzielen? Meine vorbereitende Tätigkeit galt daher zum großen Teile der gemeinsamen Erwägung dieser taktischen Fragen und der Ausarbeitung von Durchführungsvorschlägen.

Ebenso wie die Vertreter der jüdischen Parteien es als Selbstverständlich erachtet hatten, daß der erste Schritt zur Annäherung von polnischer Seite ausgehen müsse, weil die Juden die Angegriffenen seien, hielten die Polen es für undenkbar, an Verhandlungen heranzutreten, bevor die Juden nicht eine feierliche Loyalitäts-Erklärung abgegeben hätten. Diese taktische Schwierigkeit wurde dadurch aus dem Wege geräumt, daß ein aus den Vertretern der polnischen und jüdischen Parteien zusammengesetzter Rat in Vorschlag gebracht wurde. So hatte niemand den ersten Schritt zu tun. Die

Initiative ging gleichzeitig von beiden Lagern und von sämtlichen Parteien aus.

Der Rat war als neutrale Körperschaft gedacht, die eine ständige engere Fühlung zwischen den polnischen und jüdischen Politikern herbeiführen, und als unabhängig von den Reibungen des Tages planmäßig an der Regelung der Judenfrage in verständlichem Sinne arbeiten sollte.

Alle Hauptparteien ernannten ihre Delegierten für den Rat. Die erste Sitzung wurde für den 9. Juni 1920 im Reichstagsgebäude anberaumt.

V. Bildung des „Rates für jüdische Angelegenheiten“. — Beginn der Bekämpfung der antijüdischen Bewegung.

1. Eine Stunde vor dem für das Zusammenreffen des Rates angedachten Termin, demissionierte das Kabinett Skulski. Die Reichstagsfraktionen wurden zu dringenden Sitzungen einberufen und die Konstituierung des Rates konnte nicht stattfinden. Die zweite Etappe war erreicht. Aber auch hier stand man zunächst vor einer Enttäuschung.

Mit der Demission des Kabinetts war eine schon lange sich vorbereitende Krise ausgebrochen. Das Zentrum und die Linke — Bauern und Sozialisten — begannen mit der Rechten — der Nationalistischen Bourgeoisie — um die politische Macht zu ringen. Der Kampf nahm um so leidenschaftlichere Formen an, als er sich auf dem Hintergrunde einer ernstlichen Bedrohung Polens durch die Rote Armee Sowjet-Rußlands abspielte.

Damit begannen die bis dahin günstigeren Aussichten der polnisch-jüdischen Ausgleichsaktion sich zu verdüstern. Die Judenfrage, in ruhigeren Zeiten ein erstrangiges Problem für Polen, mußte angesichts der politischen und militärischen Krise naturgemäß zurücktreten.

Auch früher waren die Verhandlungen mit den polnischen Parteien ein überaus schwieriges und zeitraubendes Geschäft. Die eigentliche Arbeit wurde im Sejm nur von einer relativ kleinen Anzahl eifriger Abgeordneter geleistet. Diese Wenigen und Unentbehrlichen waren an allen Kommissionen beteiligt, so daß oft viele Tage verstreichen mußten, bis eine Besprechung in der Ausgleichsfrage zustande kommen konnte. Dummehr sagten alle Klubs in Permanenz. Es wollte nicht gelingen, eine neue Regierung zu bilden. Dazu rückten die Sommerferien heran.

Wenn ich auch an die Möglichkeit der Fortsetzung des Ausgleichswerkes in einem günstigeren Momente unbeirrt glaubte, so hatte ich doch wenig Hoffnung, noch vor Abschluß der Sommerferien des Sejm zu einem konkreten Ergebnis gelangen zu können. So oft ich aber die Absicht äußerte, meine Bemühungen zunächst zu unterbrechen und Warschau zu verlassen, wurde ich von den Führern der polnischen Parteien veranlaßt, doch noch die weitere Entwicklung abzuwarten, um das so weit gediehene Werk nicht neuen, unberechenbaren Gefahren auszusetzen.

In der Tat konnte man, welche Lösung auch immer die ministerielle Krise finden sollte, eine Förderung der Ausgleichsaktion von der neuen Regierung erhoffen. Würde die Linke den Sieg davontragen, so war es selbstverständlich, daß ein liberales Kabinett unter sozialistischer Führung auch in der Judenfrage eine neue Richtung inaugurierten müßte. Für den Fall, daß ein Kabinett der Rechten oder eine Koalitionsregierung zustande käme, war der frühere Finanzminister *Mladislaw Grab ski* zum Premier ausersehen. Gerade er aber war ein entschlossener Freund der Verständigung und hatte mir die feste Zusage erteilt, daß die Aktion unverzüglich fortgesetzt würde, sobald nur für sein Kabinett eine Majorität im Reichstag gesichert wäre.

2. Viel ungünstiger, als in den leitenden politischen Kreisen, gestaltete sich um diese Zeit das Verhältnis zum jüdischen Problem in anderen Sphären,

insbesondere innerhalb der Armee und der Geistlichkeit. Vielleicht hat die abnormal gereizte Stimmung gegen die Juden in Polen niemals eine derartige Steigerung erfahren, als während des siegreichen Vormarsches der Roten Armee.

Es verbreitete sich die Anschauung, daß der Bolschewismus ausschließlich das Werk der jüdischen Rasse sei, die von Rußland aus die Eroberung der Welt unternommen habe und vor allem die Vernichtung Polens anstrebe. Von Haß gegen die Polen und von Solidaritätsgefühl mit der „Jüdischen Armee“ getrieben, schließt sich die polnische Judenschaft überall begeistert den vorrückenden Bolschewiki an. Diese Wahnidee erlangte eine derartige Macht über die Gemüter, daß Kirchenfürsten und Generale ebenso fest daran glaubten, wie der ungebildete Soldat. Das hierbei auch bewußte, bössartige Machewerk im Spiel war, daß es Betrüger und Betrogene gab, kann selbstverständlich keinem Zweifel unterliegen.

Ein seltsames Dokument der Zeit ist immerhin der damals erschienene Brief des gesamten polnischen Episkopats an alle Bischöfe der Welt. Es hieß darin: „Der Bolschewismus geht in Wahrheit auf die Eroberung der Welt aus. Die Rasse, welche ihn leitet, hat sich schon früher durch das Gold und die Banken die Welt untertänig gemacht. Heute, getrieben von dem uralten imperialistischen Drang, der in ihren Adern fließt, unternimmt sie schon direkt die endgültige Unterwerfung der Völker unter das Joch ihrer Herrschaft. Alles andere wovon sie spricht, Volk, Arbeiter, Freiheit, sind nur Masken, die ihre eigentlichen Ziele verdecken sollen“.

Der Kenner der Verhältnisse staunt, wie es möglich ist, einem Braunstein, Apfelbaum oder Sobeljohn, die als Trojski, Sinowjew und Radek das Judentum perhorreszieren und völlig im Rußentum aufgehen, die durch den Terror sich in vollstem Gegensatz zur Lehre, zur Überlieferung und zum Geist des Judentums stellen, national-jüdische Zwecke zuzuschreiben. Wie es möglich ist,

zu übersehen, daß der Bolschewismus die jüdische Bevölkerung ganz ebenso bedrückt wie die nichtjüdische und für sie daher ein Schrecken ohne Gleichen ist. Wie man sich schließlich über die Tatsache hinwegsetzen kann, daß es neben den Trotskis auch noch die Lenins, Tschitscherins und Hunderttausende anderer echt russischer Bolschewiki gibt.

Freilich war diese Identifizierung des Bolschewismus mit dem Judentum ein außerordentlich wirksames faktisches Mittel, um die polnische Bevölkerung vor der bolschewistischen Ansteckung zu schützen und sie zum Kampf gegen die Rote Armee aufzustacheln. Deshalb schenkte auch die offizielle Militärpropaganda nicht davor zurück, Plakate zu verbreiten, die diesen Wahn bestärken mußten. Hier sah man als Sinnbild des Bolschewismus auf einen Haufen von Schädeln sitzend, einen roten, bluttriefenden Satan mit jüdischen Zügen. Dort wieder schwingen bolschewistische Soldaten eine blau-weiße Fahne mit dem Davidschild.

Selbstverständlich mußte eine derartige planmäßige Aufreizung durch Wort und Bild die wilden Instinkte der Armee völlig entfesseln. Nach einer Zeit relativen Nachlassens der antijüdischen Exzesse begann nun eine neue Welle brutalster Judenverfolgungen aufzusteigen. Aus allen Gebieten, wo die Armee operierte, liefen Trauerkunden ein. Auf den Eisenbahnen waren die Juden ihres Lebens nicht mehr sicher, auf den Straßen von Warschau ereigneten sich täglich zahlreiche Fälle von Judenmißhandlungen. Manche Sitzung des interparteilichen jüdischen Komitees mußte unterbrochen werden, weil die jüdischen Abgeordneten telefonisch zu unverzüglicher Intervention aufgefordert wurden.

Beiderseits war die Nervosität aufs äußerste gestiegen. Aber dies war ein Grund mehr, um die Verständigungsaktion zu beschleunigen. Man mußte nach berühmten Vorbildern mitten im Kriege die Friedensverhandlungen eröffnen.

3. Nicht alle waren dieser Ansicht. Ein merkwürdiger Kontrast ist mir in Erinnerung geblieben.

Stanislaw Grabski, der Führer der Nationaldemokraten, sagte mir auf einem Spaziergang im Park des Reichstagsgebäudes:

„Der Ausgleich kann nur in einer Zeit pazifistischer Stimmung eingeleitet werden. Heute steht der Kampf der zwei Klassen vor der Entscheidung.“

Eine Stunde später sprach ich im Palais des Ministerrates seinen Bruder, Wladislaw Grabski, der aus der vierwöchentlichen Krise eben als Ministerpräsident hervorgegangen war.

„Ich werde alle Anordnungen treffen, damit die Ausgleichsverhandlungen unverzüglich beginnen können“ — erklärte mir der nunmehrige Leiter der polnischen Regierung. Im Laufe des Gesprächs äußerte er dann: „Es ist eine Fabel, daß der Bolschewismus eine jüdische Angelegenheit sei. Das ist eine Weltangelegenheit“.

Der neue Ministerpräsident teilte nicht die taktischen Bedenken, die seinem Vorgänger Skulski zu einer gewissen Reserve im Vorgehen veranlaßt hatten. Es kam ihm nicht darauf an, die Initiative dem Sejm zuzuschieben. Er ließ selbst die Einladungen an sämtliche Sejmfraktionen ergehen und berief auch alle zuständigen Minister.

Eine kurze Unterbrechung ergab sich noch durch die Reise Grabskis zur Konferenz nach Spaa. Es ist möglich, ja wahrscheinlich, daß er dort in seiner Absicht, die Regelung der Judenfrage ernstlich in Angriff zu nehmen, bestärkt wurde. Tatsache ist aber, daß die ganze Aktion schon vorher in allen Einzelheiten mit mir vereinbart war.

4. Die erste Ausgleichsberatung fand am 15. Juli 1920 im Reichstagsgebäude statt. Ministerpräsident Grabski leitete die Verhandlungen geschickt und energisch mit dem bewußten Zweck, die Gegensätze zunächst nicht aufeinander prallen zu lassen, um zu positiven Beschlüssen zu gelangen. Man einigte sich auch dahin, daß der zu schaffende „Rat für jüdische Angelegenheiten“ nicht eine Reichstagskommission, sondern eine ständige Regie-

rungskommission unter dem Vorstehe des Ministerpräsidenten, sowie unter Beteiligung sämtlicher Reichstagsparteien sein sollte. Man stand unmittelbar vor der Vertagung des Reichstags, der angesichts der bedrohlichen militärischen Lage durch einen Reichsschutz-Dat abgelöst wurde. Die Regelung der Judenfrage aber sollte mit größter Beschleunigung eingeleitet werden.

Die weiteren Verhandlungen des auf dieser organisatorischen Grundlage konstituierten Rates fanden im Sitzungssaal des Ministerrates statt. Nun kam es zu recht scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Nationaldemokraten und den Vertretern der jüdischen Parteien. Hauptsächlich aus dem Grunde, weil der Klub der Nationaldemokraten nicht diejenigen Männer entsandt hatte, mit denen bereits monatelange Verhandlungen gepflogen worden waren, sondern andere, in der Materie nicht genügend vertraute Partei-Mitglieder. Trotzdem wurde die positive Arbeit rüstig fortgesetzt. Es war dies deshalb möglich, weil die ersten zur Milderung der antijüdischen Bewegung erforderlichen Schritte von der Regierung selbst unternommen werden konnten. Diese ließ sich durch den Streit der Parteien nicht aufhalten.

5. Unter diesem Gesichtspunkte gewannen die Verhandlungen, die ich außerhalb der Sitzung des Rates teils allein, teils in Gesellschaft von Vertretern des jüdischen interparteilichen Komitees mit den Ministern führte, gerade in dieser Periode erhöhte Bedeutung. Sie führten jetzt unmittelbar zu Abhilfemaßnahmen.

Auch jetzt bereitete die Frage der Mittel und Wege den zuständigen Stellen die größte Schwierigkeit. Ministerpräsident Grabski wollte bei der republikanischen Staatsform Polens die Freiheit der Zensur tunlichst unangetastet lassen. So entschloß er sich nur schwer zu jenen Verfügungen, die unentbehrlich waren, wenn man der systematischen Aufhebung der Bevölkerung gegen die Juden Einhalt tun wollte. Es gelang mir jedoch ihn von der

absoluten Notwendigkeit der Präventiv-Zensur hinsichtlich der öffentlichen Aufrufe und Plakate zu überzeugen.

Auch alle weiteren Maßnahmen, welche im Namen der jüdischen Parteien Abgeordneter Grünbaum in der zweiten Plenarsitzung des Rates vorschlug, fanden die Zustimmung der Regierung. Er beantragte: Die Veröffentlichung eines geeigneten Aufrufes seitens der Regierung; energisches Vorgehen des Kriegsministeriums gegen die antijüdischen Exzesse durch Verwarnungen und Strafen; Versendung eines Rundschreibens durch das Innenministerium an alle untergeordneten Organe; Einberufung einer Konferenz der Presse durch die Regierung zwecks Einstellung der antijüdischen Bewegung.

Daß es der Regierung mit der Aktion ernst war, erwiesen schon die nächsten Tage, Vizeminister Dróblewski hatte unverzüglich den Aufruf der Regierung verfaßt. Ebenso machte uns der neue Innenminister Kulczyński mit dem Inhalt des Rundschreibens bekannt, das er an alle Starosten ergehen ließ. Aufreizende Plakate erschienen nicht mehr an den Mauern. Frühere antijüdische Aufrufe wurden heruntergerissen.

Allerdings trat eine neue politische Komplikation ein, durch die die Veröffentlichung des Regierungsauftrufes verzögert wurde. Kaum hatte das Kabinett Grabski in drei Sitzungen des Rates die ersten Schritte zur Bekämpfung der Judenhege durchgesetzt, als die Bildung einer neuen Regierung unentbehrlich wurde. Man mußte die Konstituierung des neuen Kabinetts abwarten, damit der Aufruf von den neuen Machthabern unterzeichnet werde.

6. Von besonderem Interesse war eine Unterredung, die ich um diese Zeit in Gesellschaft des Abgeordneten Hartglaf und des Herrn Prylucki mit General Sosnkowski hatte. Es war dies der eigentliche Leiter des Kriegsministeriums, dessen Portefeuille er dann auch übernahm.

In dem Augenblick, da die Regierung die Bekämpfung der antijüdischen Bewegung in die Hand

genommen hatte, konnte auch das Kriegsministerium Auseinandersetzungen über diese Frage nicht mehr ausweichen.

Gleich die ersten Augenblicke der Unterredung ließen erkennen, daß General Sojnkowski, der persönliche Freund Pilsudzkis, nicht zu Jenen gehört, denen die Schuld an den Ausschreitungen der polnischen Armee zuzuschreiben ist. Dieser junge, hochgebildete Offizier von ausgesprochener staatsmännischer Begabung schien vielmehr selbst die Exzesse der Soldaten aufs Reinlichste zu empfinden. Er nahm unsere Ausführungen mit Verständnis und Wohlwollen auf.

Ich benutzte die selten sich darbietende Gelegenheit, um an zuständigster Stelle die Tragödie zu schildern, die die jüdische Jugend in der polnischen Armee durchzuleiden gezwungen ist. Mit vollem Pflichtbewußtsein, ja mit Begeisterung tritt sie in die Reihen. Sie hofft durch strenge Erfüllung ihrer Aufgaben, durch Mut und Aufopferung die Vorurteile gegen die jüdische Rasse zu entkräften. Sie glaubt, daß wenigstens zur Zeit, da sie für das Land ihr Blut vergießen, den kämpfenden Juden die Gleichberechtigung nicht versagt wird. Aber gerade in der Armee herrscht der wildeste Judenthum. Die jüdischen Soldaten werden in zurücksetzender Weise, ja, mit ausgesuchter Bosheit behandelt. Sie hören nichts als Schmähungen gegen die Juden, sie sehen nichts als Vorbereitungen zu barbarischen Überfällen auf unbewaffnete Juden. Sie stehen machtlos dabei, wenn die ihrigen geplündert und vergewaltigt werden. Was Wunder, wenn ihre Begeisterung erkaltet, wenn sie den Militärdienst nicht mehr als idealen Beruf, sondern als schwere Strafe empfindet? Darf man sich über diese Leute, deren Seele man getötet hat, beklagen? Und was soll man endlich von jenen Tausenden und Abertausenden sagen, die sich freiwillig zum Militärdienst melden, aber zurückgewiesen werden und infolgedessen das Recht auf das Fortsetzen höherer Studien verlieren?

Herr Drylucki und Abgeordneter Hartglaf schilderten die letzten Uebergriffe, die das Militär in Warschau und in verschiedenen Provinzstädten sich hatte zuschulden kommen lassen.

Wieder tauchte die Frage von Abhilfsmassnahmen auf, die sich als tatsächlich wirksam erweisen könnten. Wohlwollende Offiziere, die eben von der Front gekommen und mit dem Funktionieren des ganzen militärischen Apparates genau vertraut waren, hatten diesen Gegenstand mit mir durchberaten. So war ich in der Lage, dem Leiter des Kriegsministeriums einen genau ausgearbeiteten Plan zur Bekämpfung der antijüdischen Ausschreitungen in der Armee zu unterbreiten. Geheimbefehle und offene Verordnungen, Ansprachen an die Offiziere und die Mannschaften sollten aufklärend und hemmend wirken. Insbesondere sollten auch die bekannten militärischen Schutzorganisationen mit dieser Aufgabe betraut werden. Besondere Sicherheitsmassnahmen sollten auf den Bahnhöfen getroffen werden. Die Schuldigen sollten zur Verantwortung gezogen werden.

General Sosnkowski gab uns die Versicherung, daß schon mehrfach strenge Befehle gegen die Ausschreitungen erlassen worden waren. Ihre Unwirksamkeit ist einzig und allein auf den Geist zurückzuführen, der in gewissen Truppenteilen herrscht. Das Kriegsministerium ist in der Lage, statistisch nachzuweisen, daß die Exzesse in der Regel weder von den Soldaten aus Kongresspolen noch von denen aus Galizien, sondern von den aus dem Posen'schen stammenden Mannschaften verübt werden. Mindestens 90 % aller Vorkommnisse fallen den Posen'schen Soldaten zur Last. Man hat diese Leute mit einem derartigen, elementaren Judenhaf erfüllt, daß es der Armeeführung bis jetzt unmöglich war, dessen Ausbrüche zu verhindern. Ähnliches gilt von den aus Amerika gekommenen sogenannten Haller'schen Soldaten, die aber numerisch weniger ins Gewicht fallen. Will man tatsächlich einen Umschwung erzielen, so kann er nur von jenen herbei-

geführt werden, die den Antisemitismus in Posen großgezogen haben. An diese muß man sich wenden; sie allein haben Einfluß auf die Leute ihres Teilsgebietes. Immerhin wird die Armeeführung alles tun, was in ihren Kräften liegt. Die vorgeschlagenen Abhilfsmaßnahmen können Anwendung finden und werden sie finden, sobald ein dahin gehender Regierungsbeschluß vorliegt.

In der Tat muß festgestellt werden, daß der Kriegsminister der erste war, der im Zusammenhange mit der eingeleiteten Aktion strenge Verordnungen gegen die Judenverfolgungen erließ.

Leider konnte man sich bei der Stimmung der Massen und dem passiven Widerstand der untergeordneten Stellen, hinsichtlich der Wirkung der ersten Schritte auf dem neuen Wege keinen Illusionen hingeben. Immer blieb daher meine Aufmerksamkeit vor allem auf Maßregeln gerichtet, die die tatsächliche Befolgung der Verordnungen tunlichst sichern und im Falle ihrer Außerachtlassung eine geeignete Intervention ermöglichen sollten.

So regte ich an, daß in jedem zuständigen Ministerium die Kontrolle der Verordnungen zum Schutze der Juden einem besonderen Deferenten anvertraut werde, der dem Minister gegenüber die Verantwortung für die Durchführung der Bestimmungen zu tragen hätte. Ferner sollte eine „Sicherheitszentrale“ und ein das ganze Land umfassendes Netz von jüdischen Vertrauensmännern geschaffen werden, denen das Recht zustehen würde, im Falle neuer Vorkommnisse die sofortige Hilfe der amtlichen Organe in Anspruch zu nehmen. Aber diese Punkte verhandelte ich zunächst mit dem Ministerpräsidenten und seinem Stellvertreter, die beide Vorschläge für sehr wohl durchführbar erklärten.

In den ersten Sitzungen des Rates für jüdische Angelegenheiten kam man ebenfalls über die Frage der Bekämpfung der akuten antijüdischen Bewegung nicht hinaus. Von jüdischer und polnischer Seite wurde im Laufe dieser Beratungen manche denkwürdige Ansprache gehalten, die mit gleicher

Offenheit im Reichstag kaum hätte vorgebracht werden können. Die Nationaldemokraten verlangten, daß auch die jüdischen Parteien ihrerseits einen Aufruf erlassen sollten. Die Vertreter der Juden konnten aber mit Recht darauf hinweisen, daß anlässlich der Bedrohung des Landes durch die Russen bereits sämtliche jüdischen Parteien patriotische Aufrufe veröffentlicht hatten, daß die jüdische Bevölkerung sich an den Zeichnungen für die Nationalanleihe eifrig beteiligt und die jüdische Jugend trotz der in der Armee herrschenden Verhältnisse Scharen von Freiwilligen unter die Fahne entsendete.

Hier sei bemerkt, daß bei der Konstituierung des Rates der Kreis der jüdischen Delegierten über das interparteiliche jüdische Komitee hinaus erweitert wurde. Als Vertreter der jüdischen Arbeiterpartei „Poale Zion“ trat nun Dr. Schyper dem Rat bei. Ferner hatte der Ministerpräsident sich vorbehalten, neben Parteidelegierten auch sonstige kompetente Persönlichkeiten in den Rat zu berufen. Auf diesem Wege fanden die jüdischen Assimilanten in dem Abgeordneten Dr. Loewenstein ihren Vertreter im Rat.

Die Mitglieder der national-jüdischen Parteien überzeugten sich, daß die Beseitigung der Assimilanten wenigstens in diesem Stadium der Verhandlungen keineswegs eine Gefahr, sondern eher eine Förderung der jüdischen Sache bedeutete. Dr. Loewenstein setzte sich in sehr eindrucksvoller Weise für die Beseitigung der antijüdischen Erbsen ein, so daß die Nationaljuden selbst erklärten: „Wir sprechen heute alle eine Sprache“.

8. Im allgemeinen trat nunmehr ein Augenblick ein, da eine gewisse Beruhigung der Gemüter Platz griff. Nach sechsmonatlicher, stiller Arbeit stand man endlich am Beginne einer neuen Aera. Wenn man auch wußte, daß es einen langen und schweren Kampf galt, so würdigte man doch die Tatsache, daß nunmehr eine Institution geschaffen war, die alle staatlichen Machtfaktoren umfaßte, die sich den Ausgleich in der Judenfrage zum Zweck gesetzt

hatte und die unabhängig von allen politischen Verschiebungen ständig funktionieren sollte.

Die jüdische Presse, von der Pflicht der Diskretion befreit, brachte nun täglich ausführliche Berichte und Besprechungen betreffend die Ausgleichsaktion, die sie aufs wärmste begrüßte. Auch die polnische Presse legte im großen und ganzen anläßlich der Bildung des Rates für jüdische Angelegenheiten keine Behässigkeit an den Tag. Die Berichte der amtlichen Telegraphen-Agentur wurden zumeist ohne höhnische Kommentare veröffentlicht. Nur ein jüdischer Dene-gat (Dr. of-Oppmann) fand den traurigen Mut, in einem antijüdischen Organ den Rat zu erteilen, daß man mich „nach Palästina heim schicken möge“. Dagegen fiel es auf, daß der bekannte Vorkämpfer der antijüdischen Bewegung Andreas Niemojewski in seinem Organ „Mysł Niepodległa“ („Der Unabhängige Gedanke“) sich über die Angelegenheit in viel milderer Tonart als sonst aussprach.

Im „Kurjer Warszawski“ (Nr. 242, 1920), dem führenden Blatte der Rechten, stellte der bekannte politische Schriftsteller Boleslaw Koskowski fest: „Über die Aenderung der faktischen Lage begann man schon ernstlich zu sprechen. Unter anderem fand die Initiative Nossigs eine exzeptionell wohlwollende Aufnahme bei den polnischen Parteien. Sogar notorische Antisemiten begannen von der Nützlichkeit eines modus vivendi zu sprechen“.

Inzwischen hatte auch die innenpolitische Situation eine beruhigende Lösung gefunden. Die Versuche gewisser nationaldemokratischer Politiker und Generäle, das Mißlingen der ukrainischen Expedition Pilsudski's sowie Polens ernste Bedrängnis dazu zu benutzen, um Pilsudski zu stürzen, das gemäßigte Kabinett aufzulösen und eine extrem nationalistisch-antisemitische Regierung einzusetzen, waren mißglückt. Dagegen gewann der Bauern- und Arbeiterblock angesichts der erhöhten Erfordernisse der Landesverteidigung so sehr an Terrain, daß eine Umgestaltung des Kabinetts zu seinen

Gunsten unvermeidlich wurde. Witos, das Haupt der polnischen Volkspartei, wurde Ministerpräsident, der Sozialist Daszyński Vizepremier mit besonderer Befugnissen. Wladislaw Grabski gehörte dem Kabinett als Finanzminister weiter an, Vizeminister Wróblewski verblieb Leiter des Präsidialbüros des Ministerrates.

Bei dieser Konstellation, die die weitere Einhaltung des eingeschlagenen Kurses zu verbürgen schien, glaubte ich meine Bemühungen für einige Zeit unterbrechen und Warschau verlassen zu können. Die erste Verständigungs-Campagne war beendet. Die Aktion, welche ich eingeleitet hatte, war nun auf eine Körperschaft übergegangen. Mich beriefen andere Aufgaben nach auswärts.

Vor meiner Abreise hatte ich eine längere Unterredung mit dem eben ernannten Vizepremier Daszyński. Er sagte mir zu, die Durchführung der vom Rat für jüdische Angelegenheiten gefassten Beschlüsse und die Fortsetzung seiner Arbeiten unter seinem besonderen Schutz zu nehmen. Dieses Versprechen hat er auch nach Kräften eingehalten.

9. Dennoch traten, wenige Wochen nach meiner Ende Juli 1920 erfolgten Abreise, Rückschläge ein, gegen die die Zivilverwaltung und die Sejm-Kreise ohnmächtig waren. Auf dem Hintergrunde des Zweiflungskampfes Polens gegen Sowjet-Rußland, eines Kampfes, der mit dem überraschenden, vollständigen Siege Polens endete, wurde die Armee zum entscheidenden Faktor. Die Kriegspsychose begann wie ein entfesseltes Feuer wieder um sich zu fressen, der organisierte Kollektiv-Wahnsinn, der vom Weltkrieg her in unser aller Erinnerung lebt, forderde seine Opfer.

Verhängnisvoll für die Lage der Juden war überdies der Umstand, daß die Armeeführung den Geist der Fronde, der von Posen her wehte, nicht zu unterdrücken vermochte. In der Stunde der höchsten Not war sie im Gegenteil gezwungen, ihm Konzessionen zu machen. Damit aber wurde dem bewaffneten Antisemitismus, dem der Kriegs-Geist

darmerie, des Standrechts und der militärischen Dogrome Tür und Tor geöffnet.

Die Ereignisse, welche sich im Spätsommer und Herbst 1920 in Polen abspielten, gehören zu den furchtbarsten Kapiteln der jüdischen Martyrologie.

An vielen Orten wurden die Juden der Verständigung mit dem Feinde beschuldigt. Ein befender Rabbiner wurde als angeblicher Hochverräter standrechtlich erschossen. An manchen Punkten wurde die jüdische Bevölkerung evakuiert, an anderen erbarmungslos zur Kriegsarbeit gepreßt. Hausdurchsuchungen, Verhaftungen angesehener Persönlichkeiten, Razzien in den jüdischen Stadtvierteln wurden zu täglichen Vorkommnissen. Minsk, Siedlec, Lukow, Bialystok, Wlodawa, Plock nennen sich die Hauptetappen dieses Leidensweges.

Endlich kam die größte Schmach, die die polnische Armee sich und den Juden angefan hatte: Jablonna, das Konzentrationslager, in dem tau- sende von tapferen jüdischen Soldaten interniert und der unwürdigsten Behandlung preisgegeben wurden. Der Beginn der „Entjudung der Armee“, wie sie gewissen nationalistischen Führern vor- schwebte. Jenen erleuchteten Patrioten, die gegen die gesamte Judenheit den Dreyfuß-Prozeß einleiten und ganz Polen zu einer Teufelsinsel machen möchten.

10. Während dieser traurigen Periode haben die Mitglieder des interparteilichen jüdischen Komitees und der Klub der jüdischen Abgeordneten voll und ganz ihre Pflicht getan. Auch der „Klub für jüdische Angelegenheiten“ wurde im Herbst durch Da- jzyński wieder einberufen.

Angeichts der neuen Judenverfolgungen aber wurden auf jüdischer Seite Stimmen der Entmuti- gung laut, die alle weiteren Verhandlungen mit den Polen als völlig wertlos, ja als geradezu schädlich für die Sache der Juden bezeichneten. Es soll nicht der falsche Schein erweckt werden, daß Polen selbst schon etwas zum Schutze der Juden

unternimmt.

Ohne die Bedeutung der erst im Entstehen begriffenen Institution des internationalen Minoritätenschutzes völlig in Abrede zu stellen, möchte ich doch vor der Unterschätzung von direkten Verhandlungen auf das nachdrücklichste warnen.

Glaubt jemand daran, daß die Entente ein interalliiertes Korps nach Polen entsenden werde, um die Juden vor der polnischen Armee zu schützen?

II. Nur was die polnischen Machtfaktoren aus ihren eigenen Befugnissen heraus mit gutem Willen und entsprechendem Nachdruck ins Werk setzen, kann eine tatsächliche Änderung der Lage der Juden herbeiführen.

Freilich wäre es ebenso würdelos, wie zwecklos, an den guten Willen der Polen zu appellieren, wenn er nicht vorhanden wäre. Andererseits aber hieße es die einzige positive Chance aufgeben und Selbstmordpolitik treiben, wenn man einer, maßgebenden polnischen Stellen erwünschten Verständigung ausweichen wollte.

Wir dürfen nie übersehen, daß es in Polen einflussreiche Regierungskreise, eine intellektuelle Oberschicht und einen gesunden Volkskern gibt, für die der Uniformheld mit blutenden Judenbärten im Gürtel ein Gegenstand des Abscheues ist. Man erinnere sich daran, daß selbst die liberale englische Regierung die Juden in Palästina vor Pogromen nicht schützen konnte, so lange die Politik der Militärverwaltung dort maßgebend war.

Auch in Polen dürfen wir an der Möglichkeit einer inneren Lösung nicht verzweifeln. Wir müssen die Bahn der Verständigung zielbewußt weiter verfolgen und uns durch das langsame Reifen des begonnenen Werkes nicht beirren lassen. Dabei müssen wir gewisse Tatsachen im Auge behalten.

Die polnische Judenheit wird nicht eher zur Ruhe kommen, bis die Armee demobilisiert ist.

Die Ausgleichsaktion wird nur dann gute Früchte zeitigen, wenn wir sie in dem richtigen Geiste führen. Wir dürfen nicht einseitige Advokaten unserer

eigenen Sache sein, sondern versuchen, von der Höhe der Objektivität und Gerechtigkeit aus, auch die Gesichtspunkte der anderen Seite voll zu erfassen. Wir müssen es lernen, angesichts der epochalen Umgestaltung der staatlichen Verhältnisse in Osteuropa auch Jahre noch auf die Erfüllung unserer berechtigten Ansprüche zu warten und darüber den Balken im eigenen Auge nicht zu vergessen. Nicht nur anklagen und fordern, sondern auch an der zeitgemäßen Hebung unserer eigenen Gemeinschaft unentwegt arbeiten: Das ist der Weg der inneren Lösung.

VI. Die Reform der polnischen Judenheit.

1. Die Bekämpfung der antijüdischen Bewegung und die einleitende polnisch-jüdische Verständigung bilden nur den ersten Teil eines viel umfassenderen Planes der Regelung der Judenfrage in Polen. Dieser Plan, wie er sich aus den faktischen Verhältnissen ergibt, geht auch über das Programm des interparteilichen jüdischen Komitees (Kapitel III, 13) hinaus. Es umfaßt nämlich einerseits die definitive Normierung der politischen Stellung der polnischen Judenheit im Verhältnis zur polnischen Nation und zum polnischen Staate, andererseits die organisatorische, wirtschaftliche und kulturelle Umgestaltung der jüdischen Bevölkerung.

Für die Aufrollung der prinzipiellen politischen Fragen ist, wie in diesem Bericht mehrfach betont wurde, die Zeit noch nicht reif. Dagegen gehört die organisatorische, wirtschaftliche und kulturelle Reformarbeit zu den dringendsten Erfordernissen. Die polnische Judenheit darf sich nicht dem Vorwurf aussetzen, daß sie auf diesem Gebiete der Pflicht gegen sich selbst und gegen das Volk, in dessen Mitte sie lebt, nicht nachzukommen versucht.

Während meines Aufenthaltes in Warschau (Februar—Juli 1920) widmete ich daher einen großen Teil meiner Zeit auch den Bemühungen um die Einleitung praktischer Aktionen in dieser Richtung.

Man steht da jedoch vor einer gewaltigen Aufgabe, die die langjährige, planmäßige Arbeit zahlreicher sozialer Wirker beansprucht. Meine Versuche lieferten als Resultat zunächst nur die Erkenntnis, daß die polnische Judenheit im gegenwärtigen Augenblick weder über die Hilfsmittel noch über die Kräfte verfügt, welche für die erfolgreiche Durchführung dieses Werkes in seiner Totalität erforderlich sind. Dennoch könnte schon heute vieles geschehen, wenn genügend starke Antriebe vorhanden wären. Und sicherlich wird die ganze erwünschte Neugestaltung möglich werden, sobald die Juden Polens sich selbst zu der großen Aufgabe,

vor die die Geschichte sie gestellt hat, erzogen haben werden.

2. Daß für die polnische Judenheit die Zeit einer großen, historischen Reform gekommen ist, empfinden alle Klarblickenden in Polen. Unter der russischen Okkupation wäre es unmöglich gewesen, tiefgreifende Umgestaltungen auf diesem Gebiete ins Werk zu setzen. Dem neuen polnischen Staat dagegen ist eine gründliche Reformarbeit erwünscht. Er wird sie zweifellos in jeder Weise fördern.

Welche Zwecke soll die Reform verfolgen? In allgemeinsten Umrissen: Eine allseitige Hebung der großen Massen der jüdischen Bevölkerung in Anpassung an die Landesverhältnisse und den Geist der Zeit. Ihre innere und äußere Modernisierung, ohne Antastung des Wesens und der Werte des überlieferten Judentums.

Welche Elemente sollen den Anstoß zu dieser Reform geben und ihre tätigen Förderer sein?

Hier müssen wir die jüdischen Parteien unter diesem besonderen Gesichtspunkt Revue passieren lassen. Gleichzeitig wird es klar werden, inwieweit die einzelnen Gruppen selbst reformbedürftig sind und welches Material sie für eine künftige, regenerierte Judenheit liefern können.

3. Von den breiten Schichten der orthodoxen Bevölkerung kann die Reform selbstverständlich nicht ausgehen. Gerade diese Schichten sollen, bei der Unhaltbarkeit ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse und bei ihrem kulturellen Tiefstand in erster Linie das Objekt der Reform bilden. Diese Massen sind aber andererseits das große Reservoir gesunder Volkskraft und unverbrauchter Begabung, auf dem die Zukunft der polnischen Judenheit basiert. Es gilt hier, einen Schatz von vielseitigen potenziellen Energien nicht nur für Polen, sondern für die ganze Kulturmenscheit zu heben.

Man darf auch damit rechnen, daß besonders bei der jungen Generation der Orthodoxie die wirtschaftliche und kulturelle Modernisierung Verständnis und Unterstützung finden wird.

Fassen wir nun den entgegengesetzten, äußersten Flügel, die extremen Assimilanten ins Auge, so dürfen wir uns nicht verhehlen, daß diese Klasse im großen und ganzen für die Reform weder im aktiven noch im passiven Sinne in Betracht kommt.

Sie unterscheidet sich sehr wesentlich von den analogen jüdischen Parteien in anderen Ländern. Dort sind die Assimilanten vielfach noch wurzelsefste Führer der liberalen jüdischen Bewegung und unermüdete Bekämpfer des Antisemitismus. Dort gibt es verschämte Neophiten, ja sogar Halbjuden, die dem alten Stamm tätige Sympathie bezeugen.

Hier hat sich die bei den Polen herrschende anti-jüdische Stimmung in verstärktem Maße auch auf die Assimilanten übertragen. Zahlreich sind unter ihnen diejenigen, die sich völlig auf den polnischen Standpunkt stellen, ja sich sogar im Aberwitz aller gegen die Juden vorgebrachten Beschuldigungen assimilieren. Allzuvielen finden angesichts der anti-jüdischen Bewegung für sich nur den heroischen Ausweg der Flucht aus dem Judentum.

Als jüdische Reformarbeit galt diesen Elementen früher restlose Polemisierung. Heute sehen sie die Aussichtslosigkeit solcher Bestrebungen ein und beschränken sich darauf, selbst im Polentum aufzugehen. So gehört diese mit Renegaten reich durchsetzte Gruppe zu den verlorenen Stämmen Israels. Umso größere Anerkennung gebührt jenen exzeptionellen Persönlichkeiten aus diesem Lager, die die Pflichten gegen Polentum und Judentum zu vereinen wissen.

Prüft man die Ursache der hoffnungslosen Abkehr vom Judentum und der Voreingenommenheit gegen die alte Gemeinschaft bei den meisten Assimilanten, so stößt man vor allem auf den Mangel an jüdischer Erziehung. Mancher christliche Antisemit ist viel besser über jüdische Probleme orientiert, als die Assimilanten. Diesen fehlt jede Kenntnis von dem Wesen und den Aufgaben des Judentums. Geht man dieser Erscheinung tiefer nach, so sieht man, daß sie nicht nur auf die Entjudung der Eltern

zurückzuführen ist, die der heranwachsenden Generation keine jüdische Erziehung mehr angedeihen lassen, sondern auch auf das Fehlen eines beruflichen Nachwuchses liberaler Rabbiner.

4. Am ehesten waren zur Reformarbeit die neutralen jüdischen Kreise berufen. Sie verbinden jüdisches Bewußtsein mit höherer Bildung und Weltkenntnis. Dabei haben sie den Vorzug, daß sie von keiner Parteiarbeit absorbiert sind und zwischen den auseinanderstrebenden Richtungen der Judenheit die Mitte halten. Leider aber stellen diese Kreise ihre reichen geistigen und materiellen Mittel für jüdische Angelegenheiten nicht so willig zur Verfügung, wie das Reformwerk es verlangen würde.

Von lobenswerten Ausnahmen abgesehen, ist der Sinn für soziale Arbeit und soziale Verpflichtungen unter ihren Mitgliedern schwach entwickelt. Überdies sind vielen von ihnen gewisse psychische Merkmale eigen, die auch den von außen kommenden Antrieben zu positiver Betätigung fast unüberwindliche Hemmnisse bereiten.

Mit einem alles zerfasernden Überkritizismus und trostloser Skepsis verbinden sie eine seltsame doktrinäre Anlage. Auch dort, wo es sich um handgreifliche soziale Notwendigkeiten handelt, stellt jeder seine eigene Theorie auf, aus der sich Schlagend ergibt, daß Nichtstun besser ist als Handeln, oder daß das eigentlich Erforderliche völlig undurchführbar ist.

Die einen weisen nach, daß die Arbeit an der geistigen und ethischen Hebung der jüdischen Massen völlig entbehrlich ist, weil nach der materialistischen Geschichtsauffassung der kulturelle Zustand jeder Gesellschaft von den wirtschaftlichen Bedingungen abhängt. Diese zu bessern aber liegt nicht in der Macht der polnischen Judenheit. Andere stellen sich auf den Standpunkt, daß man der freien Entwicklung in keiner Weise vorgreifen darf. Man habe kein Recht, seine eigene Ideologie kommenden Geschlechtern aufzudrücken.

Andere mögen entscheiden, ob es sich bei diesen Spitzfindigkeiten nur um doktrinär maskierte Vor-

wände handelt, die dazu dienen sollen, sich der Beteiligung an der sozialen Arbeit zu entziehen, oder um die unbewußte Nachwirkung jahrhundertelanger talmudischer Geistesbildung. Mir fällt es nur zu festzustellen, daß eine derartige Geistesverfassung eine positiv aufbauende oder gar einschneidend reformatorische Betätigung unendlich erschwert. Die durchschnittliche jüdische Intelligenz in Polen muß selbst erst geistig und moralisch umgewandelt werden, ehe sie ihren Pflichten gegen die anderen Klassen voll und ganz nachzukommen vermögen wird.

5. Die rüstigsten und zielbewußtesten Arbeiter auf spezifisch-jüdischem Gebiete findet man zweifellos unter den Zionisten und den Folkisten. Hier treten aber, insoweit das Reformwerk in Betracht kommt, andere Schwierigkeiten entgegen.

Die national-politische Propaganda und die Arbeit an der Parteiorganisation stellen an alle verfügbaren Kräfte so hohe Ansprüche, daß diese dauernde Aufgaben anderer Art nur äußerst schwer übernehmen können. Und dennoch sind sie es, auf die jedes neue gemeinnützige jüdische Werk in erster Linie sich stützen muß. Daß eine solche Arbeitskumulierung Nachteile mit sich bringt, ist selbstverständlich.

Vieles könnte für das Reformwerk die jüdische Jugend leisten. Daran hindert sie aber die geistige Richtung, die sie eingeschlagen hat. Insoweit sie nicht aller höheren Interessen bar ist, sich dem Erwerb und Genuß zuwendet, geht sie völlig im politischen Leben auf. Nationalismus, und Sozialismus sind die zwei Pole, um die sie sich gruppiert. Freilich kennt und pflegt sie beide Strömungen nur in sehr oberflächlicher Auffassung. Aber diese Beschäftigung genügt, um sie vorfrüh zu aktiven Parteimitgliedern zu machen und daran zu hindern, Volljuden und Vollmensch zu werden.

Aus dieser Übersicht ergibt sich die paradoxe Tatsache, daß die polnische Judenheit, über deren allzugroße Zahl geklagt wird, gleichzeitig an einem höchst empfindlichen Mangel an Menschen leidet, für ihre vitalen neuen Aufgaben keine brauch-

baren Kräfte stellen kann. Vergeblich sucht man mit der Diogenes-Laterne nach Menschen. Immer ist es nur derselbe kleine Kreis von Arbeitswilligen. Wenn wir noch hinzufügen, daß fast alle Leistungsfähigen durch die Gemeindeinstitutionen und Wohltätigkeitsvereine absorbiert sind, daß 90 Prozent der städtischen Jugend unter der Fahne stehen und daß angesichts der antijüdischen Strömung zahlreiche wertvolle Elemente das Land verlassen, so begreift man, wie unendlich schwer der Beginn jeder Reformarbeit innerhalb der polnischen Judenheit wird.

6. Zwei Beispiele zur Kennzeichnung der Lage. 1919 brachte es der verdienstvolle Vertreter eines skandinavisch-jüdischen Komitees, Herr Spilvogel dahin, daß fast alle jüdischen Parteien in Warschau einen Ausschuß bildeten, um die Einberufung einer großen jüdischen Konferenz vorzubereiten. Der Zweck dieser Konferenz sollte die Einleitung des neuen wirtschaftlichen Aufbaus der polnischen Judenheit sein. Während meines mehrmonatlichen Aufenthaltes in Warschau hielt dieses Komitee über 30 Sitzungen ab, mit dem Ergebnis, daß die Konferenz immer wieder verschoben werden mußte, weil man sich über die Zahl der Vertreter der einzelnen Gruppen nicht einig werden konnte.

Im Februar 1920 regte ich die Schaffung einer Organisation zur Regelung der bevorstehenden jüdischen Emigration aus Polen an. Aus allen Teilen des Landes liefen bereits Nachrichten ein, daß zahlreiche Familien zur Abreise rüsten, daß die Emigration binnen kurzem mit elementarer Kraft losbrechen würde.

Trotzdem stieß der Vorschlag auf die größten Schwierigkeiten. Folgende Argumente wurden mir vorgehalten. Keine der bestehenden Parteien sei für eine derartige Aufgabe zuständig, keine könne sich daher offiziell an einer solchen Organisation beteiligen. Einzelpersonen aber könnten ein so großes Werk nicht unternehmen. Die Juden dürften die Emigrationsfrage gar nicht aufrollen, weil das Wasser auf die Mühle der Antisemiten sein würde.

Man könne den Polen keine Beschenke machen, bevor sie noch die Bekämpfung der antijüdischen Bewegung begonnen hätten. Kein jüdischer Führer könne sich an die Spitze einer Organisation stellen, die den Zweck habe, die Juden aus dem Lande herauszubringen. Das würde ihn unpopulär machen und einen Sturm der Entrüstung innerhalb der polnischen Judenheit heraufbeschwören. Die jüdischen Massen dächten gar nicht an Auswanderung. Es werde nur davon gesprochen, aber ohne ernste Absichten. Im Ubrigen würde die amerikanische Regierung eine neue Einwanderung nicht zulassen und die Reisekosten seien unerschwinglich.

Wenige Monate später war Warschau von jüdischen Emigrantenfamilien überfüllt, deren in Amerika wohnende Verwandten ihnen die Übersiedlung ermöglicht hatten. Amerikanische Juden, die über die Lage in Polen viel besser informiert waren, als die im Lande wohnenden, hatten alles rechtzeitig vorbereitet. Ihre Vertreter eröffneten in Warschau Büros, um wenigstens das Allernotwendigste zu erledigen. Wieviel Leiden die Auswanderer trotz der amerikanischen Hilfe noch zu erdulden haben, weiß nun jeder aus den Berichten der Presse. Dennoch blieb es nach wie vor unmöglich, eine Landesorganisation zum Schutz der eigenen Emigranten ins Leben zu rufen. Das auszielbewußten, ausdauernden Männern zusammengesetzte Komitee arbeitet unentwegt weiter. Es vermochte aber bis jetzt nicht die entsprechenden Stützpunkte zu finden.

Das sind die Zustände, welche die Elite der Warschauer Judenheit das oft wiederholte Wort prägen ließen: „Wir leben auf einem versumpften Terrain“.

Einer der Besten sagte mir: „Auch die elastischste Kautschukenergie genügt nicht, um bei uns etwas aufzubauen. Ein Weltkriegs-Tank wäre erforderlich, um durch die scheinbar weichenden, in Wahrheit aber immer wieder sich aufhäufenden Schwierigkeiten durchzukommen.“

Und doch muß man durchkommen.

7. Wir kennen das Ziel der allgemeinen Reform. Welches sind die konkreten Hauptzweige der erforderlichen Aktion?

Die Voraussetzung und Einleitung jeder gründlichen Reform der Lage der Juden in Polen bildet der Zusammenschluß der jüdischen Parteien: die Schaffung einer mit entsprechenden Vollmachten und Mitteln ausgestatteten einheitlichen Vertretung der polnischen Judenheit.

Die jüdische Bevölkerung muß aus sich heraus eine Autorität entstehen lassen, die nach innen und außen das erforderliche Ansehen zu gewinnen weiß. Erst durch einen solchen Zusammenschluß würde der ganze Kräftegehalt der polnischen Judenheit mobilisiert werden können.

Wenn es nötig ist, in ihrem eigenen Interesse auf gewisse Eigenschaften und Unzulänglichkeiten dieser Bevölkerungsgruppe hinzuweisen, so muß doch andererseits immer wieder betont werden, daß sie eine höchst beträchtliche Summe von Fähigkeiten, zähem Willen und finanziellen Mitteln repräsentiert. Bei ihrer heutigen Zersplitterung kann sie jedoch nur als potenzieller Machtfaktor gelten. Erst durch den Zusammenschluß würde sie zu einem realen Machtfaktor werden,

Diese Macht hätte sie zur Umgestaltung ihrer ganzen inneren Verfassung zu verwenden. Sie würde ihr aber auch im Verhältnis zu allen polnischen Instanzen zugute kommen. Umsomehr als hinter der geschlossenen polnischen Judenheit auch die Weltjudenheit steht.

Freilich soll diese Gesamtorganisation der polnischen Juden niemals einen Gegensatz zum Polentum repräsentieren. Sie muß vielmehr von Anfang an deren staatsbürgerliche Loyalität, die historische Solidarität mit dem Polentum trotz der zurzeit herrschenden, antisemitischen Strömung betonen. Sie soll den Polen vor Augen führen, was die Juden bei einmütigem Zusammenwirken im Lande.

selbst und im internationalen Bereiche für Polen leisten können, wenn man sie gerecht behandelt.

Auf welcher Grundlage diese einheitliche Vertretung der polnischen Judenheit errichtet wird, ist unter den heutigen Verhältnissen minder belangreich, als daß sie baldigst zustande kommt. Die ideale Forderung stellt der provisorische jüdische Nationalrat, indem er der zu schaffenden Gesamtvertretung die reformierte jüdische Gemeinde als Einheit zugrunde legt. Die Verwirklichung dieser logischen Zukunftsnorm wird aber bei den Schwierigkeiten politischer Natur vielleicht noch längere Zeit auf sich warten lassen.

Inzwischen muß ein provisorischer Verband der polnischen Juden in irgend einer anderen Form geschaffen werden. Die in Betracht kommenden Möglichkeiten sind den jüdischen Führern geläufig.

Es wird in erster Linie eine wirtschaftliche Kompetenz erforderlich sein. Diese ist zu erreichen. Auf der einmal geschaffenen Grundlage wird sich eine allmähliche Erweiterung der Befugnisse von selbst ergeben, wie überhaupt dieser einstweilige Verband nur als Vorbereitung und Übergang zu einer normal aufgebauten Gesamtorganisation aufzufassen wäre.

8. Den Kern der Reform bildet die im Programm des interparteilichen Komitees enthaltene wirtschaftliche Umgestaltung. Auf der einen Seite der systematische berufliche Neuaufbau, auf der anderen plänmäßige Emigration.

Die Fachdetails der sozialen Umschichtung können hier nicht erörtert werden. Aber die Emigration ist folgendes zu sagen: Sie kann sich nicht auf die Übersiedlung jener Familien beschränken, denen Verwandte die Reise nach Amerika erleichtern, auch nicht auf die relativ geringe Anzahl der Pioniere, denen die Auswanderung nach Palästina möglich werden wird.

Die Zahl der Auswanderungsbedürftigen und -willigen wird über diese zwei Gruppen zweifellos

hinausgehen. Worum es sich handeln wird, ist die Sicherung von Einwanderungsgebieten und der zur Übersiedlung erforderlichen Valuta, wie auch die Erleichterung der Vermögensliquidierung und der Reise. Ohne Schaffung einer ständigen, großen Landes-Organisation mit ausreichenden internationalen Stützpunkten ist diese Aufgabe, die zu den Grundproblemen der polnischen Judenfrage gehört, nicht zu lösen.

Parallel mit der wirtschaftlichen Umgestaltung muß die kulturelle Erneuerung der polnischen Judenheit angestrebt werden. Dieser Begriff ist hier im umfassendsten Sinne zu verstehen. Es handelt sich nicht nur um die Reorganisation des gesamten jüdischen Bildungs- und Erziehungswesens, also um die Beeinflussung der heranwachsenden Jugend, sondern auch um die tunlichste Ummodellung des gegenwärtigen Geschlechtes, insofern es erzieherischen Einflüssen noch zugänglich ist.

Es geht um die Hebung der rückständigen Massen durch Verbreitung weltlichen Wissens, hygienischer Aufklärung, europäischer Umgangsformen, der Kenntnis der polnischen Sprache, staatsbürgerlicher und weltpolitischer Orientierung.

Ein großes Volkserziehungswerk, dessen Einleitung ein System von Schulen für Erwachsene, Wanderlehrern, Organisationen für Volkshygiene sowie von populären Aufklärungsschriften erfordert.

Andererseits aber muß auch die Rückgewinnung jener Gruppen für das Judentum angestrebt werden, die sich heute auf der schiefen Ebene einer unrichtig aufgefaßten Modernisierung befinden. Durch Einführung in das wahre Wesen des Judentums, durch Zusammenfassung seines unvergänglichen Gehaltes, durch Verbreitung jüdischen Wissens in zeitgemäßer Form kann diese Rejudaisierung in gewissem Ausmaß gelingen. Hierzu ist die Heranbildung von modernen Rabbinern erforderlich, die nur ihrem hohen Lehrberufe leben, ferner die Schaffung von Logen und nichtpolitischen Vereinen zur Pflege des jüdischen Wissens.

Es wird vielleicht der Einwand erhoben werden, daß die Forderung eines solchen Regenerierungswerkes utopisch ist. Haben aber im letzten Jahrhundert nicht andere Gruppen der Judenheit, so vor allem die polnischen Juden selbst im früheren preußischen Teilgebiete eine ganz ähnliche Entwicklung durchgemacht?

9. Die ganze polnische Judenheit muß sich zum Bewußtsein bringen — was heute nur wenigen Einsichtigen klar ist — daß sie unter außergewöhnlicher Anspannung aller Kräfte zu diesem allseitigen Erneuerungsprozeß sich aufraffen muß.

Ohne ausgiebigen Beistand ausländischer jüdischer Wohlfahrtsverbände wird sich eine derartige soziale Wiedergeburt freilich nicht vollziehen können. Ich zweifle nicht daran, daß die berufenen Organisationen klar erfassen werden, welche unaufschiebbare und großzügige, aber auch welch lohnende Aufgabe sich ihnen in Polen eröffnet. Sie werden wohl begreifen, daß das Werk, welches jetzt in Angriff zu nehmen ist, von ihren bisherigen Leistungen in diesem Lande sich wesentlich unterscheidet. Es gilt nicht mehr, eine kurze, einmalige Kampagne zu veranstalten, katastrophales Elend durch Spendenverteilung zu mildern oder eine bestimmte Gruppe von Emigranten übers Wasser zu bringen. Es heißt die allmähliche Gesundung und Europäisierung einer der größten Konzentrationen der Judenheit herbeizuführen.

Gewiß ist es eine Aktion, vor der die Wohlfahrts-gesellschaften noch nie gestanden haben. Sie werden sich ihr sicherlich gewachsen zeigen. Es geht um Hilfe zweifacher Art: um materielle Förderung und moralische Anleitung.

Materielle Förderung: Denn weder der wirtschaftliche Aufbau und die kulturelle Hebung, noch die planmäßige Emigration sind ohne ausländische Fonds durchführbar.

Moralische Anleitung: Denn es handelt sich darum, die polnische Judenheit zur vollen Erfüllung ihrer

Pflichten gegen ihre eigene Gemeinschaft, zu Opferwilligkeit und zu sozialer Arbeit zu erziehen.

Die von den amerikanischen Komitees bis jetzt befolgte Methode der Betätigung in Polen ist begreiflich, ja sie war vielleicht unvermeidlich, aber sie darf keinesfalls fortgesetzt werden. Angesichts des Mangels an geeigneten, lokalen Organisationen und brauchbaren Kräften haben die Amerikaner ihre eigenen Büros in Polen installiert und besorgen die Arbeit selbst. Das ist ein gutes Mittel, um den dringenden Forderungen des Momentes gerecht zu werden, aber nicht der Weg zur Lösung der weiteren Aufgaben.

Selbst wenn man hier und da aus den Vertretern der lokalen Judenheit als äußerlichen Aufputz ein Quasi-Komitee bildet, über das man sich in der Praxis hinwegsetzt, wird keine Änderung der Verhältnisse vorbereitet. Was nützt, ist eine planmäßige Schulung mit dem Ziel, daß die lokalen Kräfte die ausländischen baldmöglichst völlig ersetzen.

Den großen moralischen Druck, den eine solche Schulung ebenso wie die ganze Reformaktion erfordert, kann heute nur die Judenheit Amerikas ausüben. Sie ist unentbehrlich dazu, um sich entbehrlich zu machen.

Schon die einheitliche Organisation der polnischen Juden, auf der sich alles aufbauen soll, wird ohne amerikanischen Druck nicht zustande kommen können. Von der Parteisabotage unterminiert, wird der entstehende Bau immer wieder wie ein Kartenhaus einstürzen.

An diesem Punkte muß also vor allem der richtunggebende Einfluß der auswärtigen Judenheit einsehen. Nicht nur die Wohlfahrtsorganisationen mit ihrer materiellen Machtfülle, auch die große suggestive Kraft der amerikanisch-jüdischen Presse kann dieses unerläßliche Werk in entscheidender Weise fördern. Diesen zerklüfteten Millionenmassen muß die Idee der Einheitsorganisation

solange ins Gehirn gehämmert werden, bis sie sie verwirklichen.

10. Schon der Beginn einer solchen planmäßigen Arbeit an der inneren Reform wird für die jüdische Bevölkerung auch im Verhältnis zu den Polen von außerordentlichem Nutzen sein. Denn darin stimmen auch die einsichtigsten und liberalsten Polen mit jenen, die die Juden als ein „Unglück für das Land“ betrachten, überein: Man müsse gegen die Juden den Vorwurf erheben, daß sie nichts unternehmen, um die Dinge, durch die sie Anstoß erregen, zu beseitigen. Wird dieser Anklage der Boden entzogen, können die Juden darauf hinweisen, daß sie nicht mehr als „immobile Masse“ in allen überkommenen Eigenheiten verharren, so dürfen sie auch größeren Nachdruck verlangen, daß polnischerseits eine Systemänderung vorgenommen wird.

Die innere Reform ist nicht ein „Geschenk an die Polen“, sondern die größte Wohltat, die die Juden sich selbst erweisen können. Nur sie kann und wird als unerläßliche Parallelaktion den Bemühungen aller, eine friedliche Lösung der Judenfrage anstrebenden Faktoren zu einem vollen Erfolg verhelfen. Wir dürfen es nie aus dem Auge lassen: Die Judenverfolgungen in Polen sind nicht das Werk des „polnischen Volkes“ auch nicht das der „polnischen Regierung“ oder der „polnischen Armee“. Sie gehen immer nur von bestimmten Kreisen aus, deren Wirksamkeit bis jetzt von den maßgebenden Stellen nicht eingedämmt werden konnte.

Selbst diesen extremsten Gegnern der Juden traue ich so viel politischen Sinn zu, daß sie eines Tages begreifen werden; ein freundschaftliches Verhältnis zu den Juden wird Polen unvergleichlich größeren Nutzen bringen, als das Skalspieren von Judenbärten.

Solange aber diese Einsicht nicht durchgedrungen ist, gilt es, der polnischen Regierung und Armeeleitung in dem Kampfe gegen eine Strömung beizustehen, die mit ihnen um die Souveränität ringt.

In diesem Bestreben werden sich die polnische Elite, die Vertreter der Judenheit und die moralischen Potenzen der ganzen Welt die Hand reichen. Hoffen wir, daß es gelingen wird, der Kulturschändung in Polen ein Ende zu machen und die sozialen Spannungen nicht durch einen Verfilgungskampf, sondern durch Verständigung zu lösen.
